

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Europaparteitag der Linken in Hamburg

- *Europaparteitag der Linken: „So kritisch wie nötig, mit so vielen Reformideen wie möglich“ – S. 4*
- *IG Metall ruft auf zur Solidarität mit Griechenland – S. 7*
- *Initiative „Messeumbau nicht um jeden Preis“ gewinnt knapp Bürgerentscheid in Essen – S. 13*
- *Initiative zu Berufskrankheiten – S. 18*
- *USA, EU: welche Übereinstimmungen in der Migrationspolitik sind feststellbar? – S. 20*

Beilage „Rundschreiben Nr. 12“ der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Ausgabe Nr. 2 am 20. Februar 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Blockbildung in Europa – der falsche Weg

Die Ukraine, Mitglied der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates, ist im Sinne des Völkerrechts ganz zweifellos ein souveräner Staat. Ein Faktum ist aber auch die Verflechtung der ukrainischen Volkswirtschaft mit den Nachbarstaaten der UdSSR. Unter Regierungen wechselnder Richtung hat die Ukraine versucht, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Staaten und Staatenbündnissen Europas zu stabilisieren. Im Zentrum standen dabei wirtschaftliche Probleme, bekannt genug der Streit um Preis und sichere Lieferung von Energieträgern aus Russland, weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit die Notwendigkeit, eine Jahr um Jahr veraltende Schwer- und Investitionsgüterindustrie zu modernisieren.

Für die Lösung dieser Probleme sucht eine große Bevölkerungsgruppe, die der jetzigen Regierung zur Mehrheit verholfen hat, die Unterstützung Russlands, die – derzeitige – Minderheit erwartet sich Hilfe von der EU und, um es geradeheraus zu sagen, Schutz der Nato.

Der Konflikt lässt sich nicht in das Schema Regierende gegen Regierte, Macht gegen Ohnmacht, Staat gegen Volk einpassen. Er hat sich als Zerwürfnis der Gesellschaft der Ukraine festgesetzt. Dies wäre wahrscheinlich nicht möglich gewesen, wenn die auswärtigen Mächte, von denen die Bevölkerung Hilfe erwartet, dergleichen Erwartungen nicht geschürt und handfest genährt hätten.

Nun steht ganz außer Frage, dass eine aufholende Entwicklung und Modernisierung eines Landes in der heutigen Welt nur noch in festen Beziehungen zur Weltwirtschaft möglich ist. Rivalisierende Angebote aus dem Osten und dem Westen haben in der Bevölkerung der Ukraine den Eindruck verfestigt, dass man sich entscheiden müsse. Daraus ist ein Politikstil erwachsen, der es darauf anlegt, vom jeweils ins Auge gefassten Partner Anerkennung und Hilfsversprechen zu erlangen.

Die Ukraine ist ein großes Land mit vielen Möglichkeiten, aber in der Machtbeziehung zwischen EU-Block und Russland ist das Land eine kleine Kraft. In diesem Spannungsbogen entwickelt sich Rivalität bis hin zu neu auflebenden Elementen militärischer Blockkonfrontation. Deutlich wurde diese Gefahr bereits im Konflikt um die von der Bush-Administration vorangetriebene Stationierung eines Raketen-systems in Polen und Tschechien, der von der Obama-Administration zwar

entschärft wurde, aber immer noch schwelt.

Die Ukraine kann ihre Probleme kaum lösen, wenn die Blockkonfrontation, die sich in Europa abzeichnet, nicht abgebaut wird durch Ausbau des Systems kooperativ angelegter Verträge. Das ist eine außenpolitische Aufgabe, die profunde Kenntnis der Gegebenheiten fordert.

Aber die professionelle Außenpolitik mit ihren hundertseitigen Verträgen und tausendfachen Fußnoten, bedarf der Sinnstiftung durch die öffentliche Meinung. In der Diskussion um die Ukraine zeigt sich, wie aus einer unzulänglichen, verengten Weltsicht strategische Fehlorientierungen werden können. Die öffentliche Meinung der EU-Staaten, – ganz gewiss gilt das für Deutschland – unterscheidet nicht zwischen Europäischer Union und Europa. Sie sieht die EU als Repräsentanten dessen, was „europäisch“ ist. Nur so können Sätze fallen wie: Die Ukraine gehört nach Europa. Oder auch: Die Schweiz entfernt sich von Europa. In solchen Sätzen steckt die Logik: EU=Europa, vulgär: Wir sind Europa und ihr nicht!

Die öffentliche Meinung in den EU-Staaten wird sich mit der Frage der Ausgestaltung europäischer Zusammenarbeit und Sicherheit beschäftigen müssen und anerkennen, dass diese sich nicht unter Hegemonie der EU bzw. dem militärischen Schirm der Nato entwickeln kann. Eine öffentliche Meinung, die von den politischen Parteien fordert, die Idee der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa neu zu beleben und Fehlentwicklungen in Richtung Blockbildung konkret abzuwenden, wird das Konfliktpotential in der Ukraine wenigstens nicht noch weiter erhöhen.

Martin Fochler

KPÖ, Piratenpartei, der Wandel und Unabhängige treten mit gemeinsamer Wahlliste bei der Europawahl an

Die KP Österreichs, nicht gerade als Partei für Neuerungen bekannt, hat eine gemeinsame Kandidatur mit anderen linken Kräften zum Europaparlament angekündigt. Hier die Pressemitteilung von Ende Januar:

Wien, 20.1.2014 – (OTS) – Drei Parteien, die bei der letzten Nationalratswahl noch einzeln kandidiert haben, ziehen bei der Europawahl 2014 an einem Strang und bilden eine gemeinsame Wahlliste, auf der auch Unabhängige eine zentrale Rolle spielen werden. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung wird diese Woche von der KPÖ, der Piratenpartei und dem Wandel unterzeichnet. Am 1. März findet der Gründungskonvent statt, auf dem die

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

ES MUSS ANDERS WERDEN, DAMIT ES GUT WIRD

GEMEINSAM FÜR EIN ANDERES EUROPA

Wir wissen, dass ein anderes Europa möglich ist und setzen uns gemeinsam für gerechte Verteilung von Chancen, Macht und Ressourcen ein. Deshalb treten wir, die KPÖ, die Piratenpartei und der Wandel am 25. Mai 2014 gemeinsam bei der Europawahl an. Deine Chance

UNSER LETZTES HEMD FÜR DIE HYPO

Bis zu 24 Milliarden Euro verschlingt der Hypo Alpe Adria-Skandal. Genauso viel, wie das gesamte österreichische Gesundheitswesen in einem Jahr kostet, oder Studiengebühren in 160 Jahren einbringen. Über 2.800 Euro pro Person, vom Kleinkind bis zum

SEI DABEI!

GRÜNDUNGSKONVENT AM 1. MÄRZ 2014

GRÜNDEN UND MITBESTIMMEN

Am 1. März 2014 findet unser Gründungskonvent statt. Wenn du mitmachen und/oder bei der KandidatInnenwahl mitstimmen, dann bist du nur mehr ein paar Klicks davon entfernt. →

NEWSLETTER

HIER KANNST DU DICH ANMELDEN

ICH BIN WANDEL

...weil ich keinen Kampf Aller gegen Alle will, sondern einfach ein konstruktives Miteinander. →

PIRATEN SIND LIQUID

Die Piratenpartei hat es geschafft auf internationaler Ebene die Themen Netzpolitik, Überwachung und freies Wissen in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. →

KPÖ STEHT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die KPÖ geht in die Wahlallianz mit der Piratenpartei und dem Wandel um gemeinsam für ein anderes Europa einzutreten. Ein Europa in dem die Menschen solidarisch und friedlich miteinander leben. →

gemeinsamen KandidatInnen gewählt werden.

„Die Basis unserer Kooperation ist die Forderung nach einem Europa der Menschen statt einem Kontinent der Konzerne, Bürokratie und nationalistischen Interessen. Diesen Wunsch teilen nicht nur unsere drei Parteien, sondern auch sehr viele unabhängige Menschen. Die Kraft unseres Ansatzes liegt in der Vielfalt und Breite unserer Zugänge und Blickwinkel. Denn dadurch können wir die Demokratie, die wir einfordern, auch gleich gemeinsam in unserer Arbeit entwickeln“, so die SprecherInnen der Wahlallianz.

Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ, zur Polit-Sensation: „Diese Wahlallianz ist eine große Chance, die träge politische Landschaft Österreichs in Bewegung zu bringen. Sie bietet den vielen, vielen unzufriedenen, sozial, ökologisch, menschenrechtlich und kulturell engagierten Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen auch politisch wirksam zu machen. Die Wahlallianz ist keine Fusion der beteiligten Parteien, sondern ein progressives, systemkritisches Netzwerk mit klarer sozialer Ausrichtung, das ausdrücklich auch für Parteilose offen ist.“

„Gemeinsam hinterfragen wir das, was uns von der etablierten Politik als alternativlos verkauft wird: Etwa die undemokratische, bürgerferne Struktur der Europäischen Union; Bankenrettungen und Sparpolitik, bei denen

die Gesellschaft die Zeche für Spekulanten zahlt; oder die kontinuierliche Aushöhlung unserer Menschenrechte durch verdachtslose Überwachung und Datenmissbrauch“, so Christopher Clay, Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei.

Gemeinsam vereinen die drei Parteien mehr als 3000 Mitglieder und erzielten bei der vergangenen Nationalratswahl rund 90 000 Stimmen. Die Wahlallianz ist damit, zusammen mit vielen Unabhängigen die mitwirken werden, eine starke politische Alternative bei der kommenden EU-Wahl mit einem berechtigten Gestaltungsanspruch und großen Erfolgsaussichten.

FayadMullavom Wandel ergänzt: „Indem wir unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen, ohne die existierenden Differenzen zu verdrängen, öffnen wir

neue Wege, schaffen Raum für neues Denken und für emanzipatorisches Handeln. Gemeinsam haben wir die Stärke, ins Europäische Parlament einzuziehen. Dann werden wir auch dort zeigen, dass eine andere Politik und ein anderes Europa möglich sind!“

Mulla, Clay und Messner unisono: „Wir stehen für ein soziales, ein demokratisches, ein friedliches Europa. Ein Europa, in dem die Interessen der 99 Prozent im Mittelpunkt stehen. Ein Europa, in dem unsere Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern überall, sowohl online als auch offline, real existieren.“

Webseite: www.wahlallianz.at

TTIF in den Kommunen

Das Zurzeit im Geheimen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIF), wird sehr wahrscheinlich erhebliche negative Auswirkungen auf die Kommunen haben.

Dies befürchtet zumindest die Fraktion der „Unabhängigen Listen“ (UL) in Freiburg. Wichtige kommunal-relevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz, „sogar die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand könnte bedroht sein“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in einer Pressemit-

teilung zu TTIP. – Deshalb hat die UL der Freiburger Stadtverwaltung ein Prüfauftrag erteilt.

Zu prüfen sei, heißt es in ihrem Schreiben vom 4.2.2014:

„1. welche Konsequenzen das derzeit von der EU-Kommission im Geheimen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) für die Stadt Freiburg hat, so z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, Energiepolitik und Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Freiburg, der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe?

2. inwieweit durch eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für die Freiburger BürgerInnen, wie z.B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung, betroffen wären?

3. und im Deutschen Städtetag zu beantragen, sich seitens des Städtetages gegen dieses geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission zu intervenieren.“

Eine Antwort der Verwaltung steht noch aus. *hav*

Mehr Prävention statt Strafrechtsverschärfung

www.linksfraktion.de „Präventive Angebote sind nachhaltiger und versprechen mehr Erfolg als jede Strafrechtsverschärfung“, erklärt Halina Wawzyniak, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, zu den lauter werdenden Forderungen, das Strafrecht im Bereich Kinderpornografie zu verschärfen. Wawzyniak weiter:

„Die Forderung nach einer Verschärfung des Strafrechts ist keine angemessene Lösung des Problems, sondern ein Schnellschuss, der von Hilflosigkeit zeugt. Eine Verschärfung des Strafrechts hilft den Opfern sexualisierter Gewalt nicht. Sie ist nichts weiter als ein Placebo.

Anstatt Debatten über eine Verschärfung des Strafrechts loszutreten, wäre es angebracht, Projekte zu unterstützen und auszubauen, die sich bemühen, präventiv aktiv zu werden. Kinderschutz bedeutet dabei auch, Eltern in die Ausrichtung dieser Angebote mit einzubeziehen, um sie in ihrer sorgerechten Verantwortung zu unterstützen. Nur aufgeklärte Eltern können ihre Kinder in der medialen Welt wirklich schützen. Es gilt, Initiativen wie das Netzwerk ‚Kein Täter werden‘ zu stärken, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche Opfer sexualisierter Gewalt werden.“



Der Sprecher der Gruppe Hamburger Flüchtlinge aus Lampedusa hielt ein bewegendes Grußwort.

Rechtzeitig zur Europawahl klärt der Parteitag Die Linke den Streit um das Verhältnis zur EU

Um Europa kämpfen, nicht dagegen

Die Partei Die Linke hat auf ihrem Europaparteitag am 15. und 16.2. 2014 in Hamburg eine jahrelange, hoch kontroverse Debatte beendet. Mit dem Europawahlprogramm hat sie nun eine programmatische Grundlage für die Europawahl am 25. Mai, die schlussendlich eine sehr breite Mehrheit fand. Der Parteitag machte die Debatte nur noch für sehr wenige Änderungsanträge „auf“.

Der im Vorfeld erbitterte Streit um Inhalte, der zwischen den verschiedenen Lagern in der Partei geführt wurde, wurde jedoch als Personalstreit weitergeführt. Doch auch hier gab es in der Regel eindeutige und letztlich tragfähige Entscheidungen.

Diese Situation zeichnete sich bereits am Vorabend ab, an dem die verschiedenen Strömungen in der Partei zu Delegationentreffen eingeladen hatten. Das Treffen des Forums demokratischer Sozialismus (fds) verlief äußerst sachlich und war recht kurz. Viele Mitglieder des Forums hatten den von Gabi Zimmer (MdEP), dem Berliner

Landesvorsitzenden Klaus Lederer und anderen initiierten Antrag zur Präambel „Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch“ unterschrieben und fanden sich in dem vom Parteivorstand am Nachmittag übernommenen Kompromissvorschlag mit dem Präambel-Vorschlag des Landesverbandes Hessen – siehe gesonderten Artikel – ganz gut wieder.

Personen wichtiger als Programme?

Anders war es beim Treffen der Antikapitalistischen Linken (AKL) und

der Sozialistischen Linken (SL), die sich selbst etwas anmaßend als „linke Strömungen“ in der Partei Die Linke bezeichnen. Hier gab es viel Streit um das Vorgehen auf dem Parteitag, die Sitzungen dauerten bis spät in den Abend hinein. Das Ergebnis war kein einheitliches: Eine Gruppe um die Bundestagsabgeordnete Ingrid Höger aus Herford teilte mit, dass sie beantragen wird, die im Vorfeld besonders umstrittenen Sätze der Präambel, in denen die EU als „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“

bezeichnet wurde, an geeigneter Stelle in die Präambel wieder aufzunehmen. Sahra Wagenknecht gab dagegen sinngemäß die Lösung aus, „Personen sind wichtiger als Programme“ und orientierte auf die Auseinandersetzung um die Liste.

Diese Aussage kam ausgerechnet von einer Politikerin der Linken, der es sonst nach ihrer Aussage immer vorrangig um die programmatische, ideologische Ausrichtung der Linken geht. Aber sei's drum, man kann in der Aussage ja auch einen gewissen Pragmatismus sehen.

Auf Platz 1 wurde noch ohne Gegenkandidatin mit 76,5 % der Stimmen Gabi Zimmer aus Thü-

Liste der Partei Die Linke zur Europawahl

1.	Gabi Zimmer	Thüringen
2.	Thomas Händel	Bayern
3.	Cornelia Ernst	Sachsen
4.	Helmut Scholz	Brandenburg
5.	Sabine Lösing	Niedersachsen
6.	Fabio de Masi	Hamburg
7.	Martina Michels	Berlin
8.	Martin Schirdewan	Berlin
9.	Sofia Leonidakis	Bremen
10.	Malte Fiedler	Linksjugend solid

ringen gewählt. Ab Platz 2 war die Liste heftig und leidenschaftlich umstritten. Gewählt wurde hier der IG Metall-Gewerkschafter und WASG-Mitgründer Thomas Händel, der als Mitglied der derzeitigen linken Fraktion GUE/GNL im Europaparlament vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Themen bearbeitet hat. Er erhielt 58,6 % der Stimmen. Gegen ihn kandidierte Tobias Pflüger, der viel Unterstützung aus der Friedensbewegung erhielt und schon von 2004 bis 2009 Europaabgeordneter war. Diese von AKL und SL unterstützte Kandidatur war vielleicht die symbolträchtigste des Parteitag. Auf Platz 3 wurde Cornelia Ernst (MdEP) gewählt. Sie erhielt mit 83,4 % das beste Ergebnis der Listenkandidaten – sicherlich auch deshalb, weil sie sich stark in der Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik von Frontex engagiert hat.

Auf Platz 4 setzte sich wieder in einer Stichwahl gegen Tobias Pflüger Helmut Scholz (MdEP) durch. Nach Sabine Lösing (MdEP), die auf Platz 5 ohne Gegenkandidatin 78,8 % der Stimmen erhielt, gab es nur noch Kampfkandidaturen. Die Liste der ersten 10 von 20 gewählten Kandidat/innen ist unten wiedergegeben. Auf Platz 7 unterlag Sabine Wils (MdEP) aus Hamburg, die ebenfalls starke Unterstützung von

AKL und SL hatte, der Berlinerin Martina Michels (MdEP).

Absage an nationale „Lösungen“

Es ist eine Legende, wenn nun Zeitungen wie die „Junge Welt“ beklagen, dass sich das fds sowohl beim Wahlprogramm als auch bei der Liste durchgesetzt hätte. Das Wahlprogramm ist auch in der Präambel ein Kompromiss und die Liste ist insgesamt relativ ausgewogen. Unter den aussichtsreichen ersten sechs bis sieben Plätzen sind mit Sabine Lösing und Fabio de Masi, einem Mitarbeiter von Sahra Wagenknecht, zwei der von AKL und SL massiv unterstützten Kandidat/innen, mit Helmut Scholz und Martina Michels zwei vom fds.

Dabei führt es auf den Holzweg, von „Kritikern“ und „unkritischen Befürwortern“ der EU zu sprechen. Das beschlossene Programm enthält viel Kritik an den Institutionen der EU und die Arbeit der bisherigen Fraktion – die ja grobenteils bestätigt wurde – war auch in den letzten Jahren nicht „unkritisch“. Die Linke würdigt mit dem Wahlprogramm jedoch auch, dass der Gedanke der Kooperation und des Zusammenwachsens der europäischen Staaten stets eher links besetzt war und hinter der Gründung der EWG und später der EU auch das Ziel der

Überwindung von jahrhundertelanger Feindschaft in Europa stand, die schließlich in zwei verheerenden, millionenfachen Tod bringenden Weltkriegen mündete.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Verhältnis der Linken zur Nato auf dem Parteitag noch einmal thematisiert. Redner wie Gregor Gysi setzten der vom linken Parteiflügel erhobenen Forderung nach Austritt aus der Nato die nach der Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch einen neuen Sicherheitspakt unter Einschluss von Russland entgegen – ein Austritt allein ändert am militaristischen Charakter der Nato nichts.

Der Parteitag hat die unterschiedlichen Bewertungen nicht beseitigt – Wolfgang Gehrcke kündigte z.B. an, dass er den ursprünglichen alternativen Programmentwurf von ihm und Dieter Dehm im Wahlkampf als Broschüre herausbringen will. Die Linke hat auf ihrem Hamburger Parteitag aber den Grundstein dafür gelegt, den Kampf um die EU zu führen und nicht gegen die EU. Das ist auch als Abgrenzung gegen alle rechten Europafeinde unabdingbar, die die Rückkehr zum Nationalstaat wollen, denn jede Verwässerung würde schnell zum Existenzproblem für Die Linke als internationalistische Partei. *Wolfgang Freye*

Katja Kipping: „So kritisch wie nötig, mit so vielen sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Reformideen wie möglich.“ (Tagesspiegel Online, Sa. 15.2. 23:56h)

Die Kurzcharakterisierung der soeben erfolgten Verabschiedung des Europawahlprogrammes am Samstagabend durch die Parteivorsitzende Katja Kipping gegenüber der Presse ist interessant. Verbindet sie doch in einem Satz die Zusammenführung einer Haltung („kritisch“) mit der Andeutung von Inhalten sozialistischer Reformpolitik gegenüber der EU. So ungefähr dürfte der längere Prozess auch gewesen sein, der schließlich zur Verabschiedung des Wahlprogrammes mit großer Mehrheit und nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen geführt hat.

Entschieden wurde die Verabschiedung eines konsensfähigen Wahlprogrammes praktisch durch die Vorlage einer konsensfähigen Präambel. Warum die lange Auseinandersetzung um die Präambel und weniger um die einzelnen Sachabschnitte und -forderungen des Europawahlprogrammes? Weil es in dieser Auseinandersetzung offenbar zunächst und vor allem darum ging, einen methodischen Konsens zu finden, wie die Linke zukünftig überhaupt den Prozesse der europäischen Integration und den Staatenverbund der EU analysiert, sich dazu positioniert und dazu in Deutschland und in Europa linke Politik entwickeln will.

Der Ausgangspunkt des Weges zur Konsensfindung waren zwei Anträge: der des Parteivorstandes und der von Dieter Dehm und Wolfgang Gehrcke. Der Antrag Dehm/Gehrcke, der schließlich und reichlich spät nur noch von den Autoren zurückgezogen werden konnte, enthielt im Kern die Aussagen: deutscher Verfassungspatriotismus gegen EU, Neuanfang von Null mit Europa und Übertrumpfen der AfD durch „linkes EU-Bashing“.

Unter dem Ziel der Konsensfindung hatte dann der Parteivorstand einen Antrag verabschiedet, der in der Präambel versuchte, Formulierungen des Dehm/Gehrcke-Antrages in den Antrag des Parteivorstandes aufzunehmen. Das führte zu den kritisierten Formulierungen wie EU „militaristisch“ usw. In der von Gysi und anderen angestoßenen kritischen Debatte ging es dann aber – was in der öffentlichen Debatte leider reichlich platt getreten wurde – weniger nur um die Wortwahl im Einzelnen sondern vor allem um den Kontext in der Präambel und also um die „Message“ der Präambel. Spätestens hier wurde also deutlich, dass der Ansatz Dehm/Gehrcke sich nicht auf einen für die Partei konsensfähige Positionierung zu EU und europä-

ischer Integration mit den Aufgaben praktischer linker Politik in Europa verbinden lässt.

Daraufhin wurde aus den Reihen des FDS und zusammen mit Gabi Zimmer und anderen ein komplett neuer Entwurf für die Präambel erstellt, der zur Einreichung schließlich von 150 Mitgliedern der Partei in Ost und West unterzeichnet wurde. Daraufhin wiederum verabschiedete der Landesvorstand Hessen einen Antrag, der sich eher an Dehm/Gehrcke orientierte, aber eindeutig den Ansatz des Auspielens von deutschem Verfassungspatriotismus gegen die EU vermeidet und insgesamt und sprachlich eine moderatere Tonart wählte.

Am Freitag, 7.2.2014 tagte der geschäftsführende Parteivorstand zusammen mit den Vertretungen der Landesverbände in Berlin. Auf dieser Tagung sprachen sich ausnahmslos alle Beteiligten für einen notwendigen und auch möglichen Kompromiss zwischen dem Antrag Zimmer u.a. und dem Antrag L V Hessen aus. Mit diesen beiden Anträgen – also deutliche Kritik an dem Zustand der EU und an der deutschen Politik in der EU und Orientierungspunkten für eine sozialistische Reformpolitik in Europa – war somit



Gabi Zimmer, linke Spitzenkandidatin zum Europaparlament, bei der Begründung des Kompromiss-Antrages zur Präambel des Europawahlprogramms.

also die Bandbreite für einen konsensfähigen Kompromiss abgesteckt. Daraufhin beauftragte die Konferenz der Vertretungen Landesvorstände und Parteivorstand vom 7.2. die Antragsteller mit jeweils 2 Vertreterinnen und Vertretern gemeinsam einen Antrag für den Parteitag zu erstellen. Dies geschah dann in der Woche vor dem Parteitag. Dieser Antrag wurde vom Parteivorstand übernommen, nachdem „sicherheitshalber“ inzwischen schon die vor allem öffentlich kritisierten Formulierungen „militaristisch“ etc. mit großer Mehrheit gestrichen

worden waren.

Die jetzt verabschiedete Präambel folgt weitgehend dem Duktus des Antrages Zimmer u.a. und nimmt dazu Passagen aus dem Antrag LV Hessen auf, darunter auch die „Neustart“-Idee, allerdings abgemildert durch die positiven Bezugspunkte praktischer linker Europapolitik jetzt und heute.

Nun gibt es Stimmen aus dem Umkreis der Unterstützerinnen und Unterstützer von Dehm/Gehrcke und des Antrags LV Hessen, die kritisieren, dass die verabschiedete Präambel zu viel „Zimmer + 150“ und zu wenig

„LV Hessen“ enthielte, also kein „wirklicher“ Kompromiss sei. (Was immer das auch sein mag.) Dieser Vorwurf ist nicht angebracht und schmälert unnötig die Bedeutung des erreichten und verabschiedeten tatsächlichen Kompromisses. Dass ein konsensfähiger neuer Antrag mehr „Zimmer und andere“ und weniger „Hessen“ beinhalten würde, war schon bei der Konferenz am 7.2. klar, und das liegt daran, dass die Bandbreite des Antrages „Zimmer + 150“ viel mehr konsensfähige Positionen enthielt, die im Antrag LV Hessen einfach fehlen. Warum sollte die Partei konsensfähige Positionen verschenken und nicht nutzen, nur weil sie in einem Antrag eines Landesvorstandes fehlen?

Was allerdings fehlt, weil es in beiden Anträgen nicht enthalten war, ist der auch in der Linken diskutierte Ansatz einer „Ausgleichsunion“ in Europa, also der Ansatz eines Ausgleichs wirtschaftlich ungleicher und ungleichzeitiger Entwicklung unter dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa.

Dennoch, der mit großer Mehrheit gefundene Präambelkompromiss ist eine Grundlage für die Entwicklung linker Europapolitik der Linken. Die Politik dazu ist allerdings in großen Teilen erst noch praktisch und in der Praxis zu entwickeln.

Christoph Cornides

Alle Abstimmungsergebnisse und Dokumente unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/>

Aus der Parteitagsrede von Gregor Gysi: „Wir wollen Europa gestalten, und zwar gemeinsam“

Europa ist eine alte, übrigens so sagte Viktor Hugo, sogar pazifistische und linke Idee. Diese linke Idee fand durch die Schrecken des ersten Weltkrieges damals auch innerhalb der linken Sozialdemokratie verstärkten Widerhall. Die europäische Integration muss bei aller Kritik gegen ihre falschen Freunde verteidigt werden als eine ursprünglich linke und humanistische Idee. Das ist auch unsere Aufgabe. Allerdings: Europa, das schließt auch Osteuropa ein, das schließt auch Russland ein. Wir wollen das ganze Europa.

Ich finde die Auseinandersetzung um die Ukraine von beiden Seiten falsch. Russland meint, die Ukraine müsse sich für die Seite Russlands entscheiden, und die EU meint, die Ukraine müsse sich für die Seite der EU entscheiden. In Wirklichkeit kann die Ukraine eine Brücke zwischen EU und Russland sein.

Der größte Fortschritt der Europäischen Union besteht darin, dass es zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union keinen Krieg mehr gab und auch nicht geben wird. Diese

Kriege haben aber das vorige und das vorvorige Jahrhundert gekennzeichnet. Deshalb ist der Friedensgedanke so wichtig, und den müssen wir auch in der Europäischen Union hochhalten. Die Nationalstaaten werden immer weniger in der Lage sein, ihre Verantwortung allein wahrzunehmen.

Wofür treten wir ein? Um welche Verantwortung soll es gehen? Ich habe es gerade gesagt: eine entschiedene Friedenspolitik, aber auch ökonomische Effektivität, verbunden mit sozialer Wohlfahrt, ein Ende der Diskriminierung von Menschen.

Was wir in Europa brauchen, ist ein stärkeres Europäisches Parlament und eine Demokratisierung der EU. Ich bin ja immer für ungewöhnliche Vorschläge zu haben: Mir hat mal einer gesagt: Was hältst du denn von einer kleinen EU-Armee zum Schutze der EU, wenn alle nationalen Streitkräfte und Atomwaffen abgeschafft werden? Das klingt doch ganz nett. Über sowas kann man ja mal diskutieren. Aber was die Bundesregierung und die anderen europäischen Regierungen wollen, ist doch immer

noch eins obendrauf. Alle nationalen Streitkräfte bleiben und dann noch europäische Truppen. Das ist der völlig falsche Weg.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Gäste, unsere Chancen stehen doch nicht schlecht. Lasst uns das Interesse der Menschen für Europa und die Europawahlen erhöhen. Zehn Mandate für Die Linke sind völlig real. Um die müssen wir streiten. Union und SPD sind gerade mit Verrat und Denunziation beschäftigt. Außerdem sind sie verantwortlich für Demokratie- und Sozialabbau und für die Militarisierung in Europa. Die AfD ist gegen jede Lohn-, Renten- und Sozialerhöhung. Die ist unsocial, und zwar extrem unsocial. Sie will keine Ausländerinnen und Ausländer. Sie will raus aus dem Euro, wahrscheinlich sogar raus aus Europa. Aber wir bekommen Deutschland weder nach Amerika, noch nach Asien, noch nach Afrika und auch nicht nach Australien organisiert. Nein, wir müssen schon Europa gestalten, und zwar gemeinsam!

Gefährliche politische Gemengelage

Das politische Klima in Griechenland wird immer radikaler. Ursachen sind die hohe Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Je näher die Europawahl rückt, umso mehr bekommt das rechtsextreme Lager Zulauf. Die Angriffe auf Demokratie, Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie darf Europa nicht länger hinnehmen.

In Griechenland ist eine gefährliche politische Gemengelage entstanden. Nach mehreren Jahren massiver Sparpolitik liegt die Wirtschaft darnieder. Mit 28 Prozent hat Griechenland die höchste Arbeitslosenquote in der EU. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sind es sogar 60 Prozent. Je näher die Europawahlen rücken, umso mehr rüsten rechtsextreme Kräfte auf. Die verordnete Sparpolitik lähmt den Weg für Aufschwung, Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Hunderttausende griechische Arbeiter und Bürger haben die Armutsgrenze überschritten. Dies ist die Folge von Kürzungen bei Löhnen, Sozialleistungen und Renten sowie Steuererhöhungen, die das Strukturanpassungsprogramm ausmachen. Die Arbeiter haben keine andere Wahl als sich zusammenzutun und gegen die Ungerechtigkeiten dieses Teufelskreises von Rezession und Sparpolitik zu protestieren.

Gewerkschafter verhaftet

Wohin das führen kann, zeigt das Beispiel der krisengeschüttelten griechischen Werftenindustrie. Seit 2012 erhalten etwa die Beschäftigten der griechischen Werft Skaramanga kein Gehalt. Der Bau von U-Booten liegt darnieder. Bei einem Streik und Demonstrationen vor dem Ministerium für Nationale Verteidigung der wütenden Werftarbeiter für den Erhalt ihrer

Arbeitsplätze kam es zu Auseinandersetzungen. Zehn Gewerkschaftsführer wurden kurzzeitig inhaftiert und angeklagt, darunter auch der Vorsitzende der griechischen Metallgewerkschaft POEM.

Nach Protesten des Industriegewerkschaftsverbandes IndustriAll Europe wurden sie wieder freigelassen. Doch die Gewerkschafter sind jetzt derzeit aufgrund falscher Behauptungen einem Strafprozess ausgesetzt. Sie mussten sich im Oktober 2013 erstmals vor Gericht verantworten. Mehr als 150 Gewerkschaftsführer und -Mitglieder von IndustriAll-Europa-Mitgliedern aus ganz Europa kamen nach Athen, um ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, darunter das damalige IG-Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitter. Das Urteil zu diesem Fall ist bis auf eine zweite Anhörung am 5. Mai 2014 verschoben.

Ausstehende Löhne

Die Auseinandersetzung der kämpferischen Werftarbeiter, die schon in zahlreichen Streiks seit den 80er Jahren eine Veränderung der Werft, bspw. Privatisierung, abwenden konnten, und dem griechischen Verteidigungsministerium, ist beispielhaft für das Schicksal griechischer Staatsbetriebe. Die griechischen Arbeiter und Gewerkschaftsführer brauchen die Unterstützung der europäischen Beschäftigten. IndustriAll Europe appelliert deshalb, eine Petition zur Unterstützung der Angeklagten zu unterzeichnen. Die Anklagen gegenüber den Gewerkschaftskollegen müssen fallen gelassen werden. Die Arbeiter von Skaramanga haben Anspruch auf ihre ausstehenden Löhne und eine angemessene Lösung für ihre prekäre Lage.

IndustriAll Europe fordert außerdem die griechischen Behörden und die Troika auf, die Angriffe auf Tarifverträge und die Autonomie der Gewerkschaften einzustellen. Es ist nicht akzeptabel, dass die griechischen Behörden gerade diejenigen belasten, die gegen jene Ungerechtigkeiten demonstrieren, anstatt die eigentlichen Probleme zu lösen: nämlich die unverzügliche Auszahlung ausstehender Löhne zu veranlassen.

Politische Gewalt

Nicht nur der Konflikt um die Skaramanga-Werft zeigt, wie sehr die griechische Gesellschaft inzwischen radikalisiert ist. Viele Menschen sind von Europa enttäuscht. Sammelbecken der politischen Kräfte, die blind sind vor Wut auf Europa, ist die Partei „Goldene Morgenröte“, auf Griechisch „Chrysi Avgi“. Im September vergangenen Jahres wurde ein linksgerichteter Rapper von einem Mann aus dem Umfeld der „Goldenen Morgenröte“ getötet. Danach hatte die griechische Regierung energische Schritte zur Eindämmung der politischen Gewalt angekündigt.

Die Staatsanwaltschaft sucht seither nach Belegen, um der „Morgenröte“ die systematische Verübung von Straftaten nachzuweisen und sie verbieten zu können. Wenn es dazu kommen sollte, haben Vertreter der „Morgenröte“ bereits angekündigt, einen Ableger der Partei zu gründen, der dann auf jeden Fall zur Europawahl antritt. Die rechtsextreme Partei hat gute Aussichten, bei der Europawahl im Mai die drittstärkste griechische Fraktion nach Straßburg zu entsenden.

Die Entwicklung in Griechenland zeigt, dass Europa eine Alternative braucht zu einer Politik, die zu wirtschaftlicher Schwächung, Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen führt. Die verschärfte Politik der Troika von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission hat Griechenland in die Sackgasse geführt. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der europäische Industriegewerkschaftsverband IndustriAll fordern stattdessen ein europaweites Zukunftsprogramm mit Investitionen für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze.

Quelle: <http://www.ig-metall.de>, 6.2.14



Protestaktion des europäischen Industriegewerkschaftsverbandes IndustriALL Europe im Oktober 2013 in Athen.

Frankreich: Streik bei Amazon

Bei Amazon wird nun auch in Frankreich gestreikt. Am 6. Februar trat die Amazon-Lagerarbeiter in den Streik, u.a. in Sevre in der Nähe von Chalon-sur-Saône (Saône-et-Loire). Wie France TV berichtet, blockierten die Streikenden auch den Zugang zu dem Lager. Der Streik wird von dem französischen Gewerkschaftsbund Confédération générale du travail (CGT) geführt. Laut der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Deutschland kritisieren die Arbeiter „permanente Überwachung, niedrige Löhne, unrealistische Zielerwartungen, den Arbeitsdruck und die Gewerkschaftsfeindlichkeit bei Amazon“. In dem Fernsehbeitrag beklagen die Arbeiter eine Bezahlung unter dem in Frankreich festgelegten Mindestlohn. In Deutschland kämpft Verdi für einen Tarifvertrag und will den Arbeitskampf ausweiten. Verdi-Sekretär Thomas Schneider hatte der Nachrichtenagentur Dpa gesagt, die Proteste würden gegebenenfalls auch gemeinsam mit den Kollegen in den Ländern Polen und der Tschechischen Republik geführt.

Quelle: <http://www.golem.de>

Großbritannien: Streik im Krankenhaus für höhere Löhne

Mehr als hundert Hausangestellte, Caterer, Träger und Büroangestellte des Ealing-Krankenhauses (London) streikten am 12.2. für höhere Löhne. Die Mitglieder von GMB (allgemeine Gewerkschaft), welche Aktionen auch für den 13.2. planen, sind nicht direkt beim Ealing-Krankenhaus beschäftigt, sondern bei Compass Medirest (marktführender Anbieter von Facility-Management-Dienstleistungen in Großbritannien im Gesundheitssektor und Reinigungsgewerbe) beschäftigt und verdienen den Mindestlohn von 6,31 Pfund (7,61 €) die Stunde. Sie kämpfen für einen Stundenlohn von mindestens 8,34 Pfund (10,05 €). „Diese lebenswichtigen Beschäftigten im Gesundheitswesen wollen ein Ende der zweistufigen Belegschaft. Mindestens 44 % liegen sie unter dem niedrigsten Vergleichstarif im Gesundheitswesen in London von 9,09 Pfund (10,96 €) pro Stunde.“ Die Forderungen wurden vor über einem Jahr gestellt. Obwohl dem Arbeitgeber bewusst war, dass GMB die Beschäftigten über Streik abstimmen lassen würde, wenn es keine erheblichen Fortschritte in Gesprächen gäbe, machten sie kein Angebot.

Quelle: <http://union-news.co.uk>, 12.2.2014

Österreich: KBA-Mödling unbefristeter Streik gestartet

Die KBA-Mödling AG (zweitgrößte Druckmaschinenhersteller der Welt)

war in den vergangenen Jahren stets ein profitabler Teil des deutschen Koenig & Bauer-Konzerns. Trotzdem sollen nach dem Konzept der deutschen Mutter ca. 460 der 750 Arbeitsplätze in Mödling und Ternitz gestrichen werden. Der KBA-Aufsichtsrat zeigt bis jetzt keine Bereitschaft, über das gemeinsam von Betriebsrat, der Gewerkschaft Pro-GE (Produktionsgewerkschaft) und der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) am 4. Februar vorgelegte Konzept zur Sicherung des Standorts und der Arbeitsplätze zu verhandeln. „Offensichtlich will der KBA-Aufsichtsrat dabei bleiben, den Stellenabbau in der geplanten Form durchzuziehen – eine inakzeptable Vorgangsweise. Die Beschäftigten haben deswegen in einer Betriebsversammlung heute den Beschluss gefasst, in einen unbefristeten Streik zu treten. Seit wenigen Minuten steht die Arbeit bei der KBA in Mödling“, berichten Manfred Anderle, Bundessekretär der PRO-GE und Karl Proyer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Betriebsrat und Gewerkschaften fordern seriöse Verhandlungen über alternative Konzepte, um den Stellenabbau deutlich zu verringern.“

Quelle: <http://www.proge.at>, 6.2.2014

DHL vorerst beschwerdefrei

37 Entlassene in der Türkei, weil sie Mitglied einer Gewerkschaft waren, Entlassungen, Versetzungen und Suspendierungen in Indien, weil DHL-Beschäftigte eine Gewerkschaft gründen wollten und in Broschüren einer Gewerkschaft gelesen haben, ähnliche Fälle in Kolumbien, Vietnam und anderswo – die Liste der Beschwerden, die die internationale Dachorganisation der Gewerkschaften, UNI Global Union, und die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) bei der Nationalen Kontaktstelle (NKS) für die OECD-Leitsätze für global agierende Unternehmen im November 2012 gegen die Deutsche Post DHL eingereicht hatte, ist lang. Jetzt konnte über die meisten Fälle eine Einigung erzielt werden, erklären die beteiligten Parteien in einem 14-seitigen Papier, das von der Nationalen Kontaktstelle beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlicht wurde. Im Falle der Türkei haben bereits im November DHL und die zuständige Gewerkschaft Tümtis Verhandlungen über Arbeitsbedingungen, Löhne und Abfindungen der Entlassenen angefangen. Ein Teil der Gekündigten hat seine Arbeit bei der DHL in der Türkei wieder aufgenommen. Auch in den anderen Ländern wurde die Klärung der Sachverhalte an die vor Ort zuständigen Gewerkschaften gegeben, in allen Fällen zugunsten der betroffenen

gewesenen Beschäftigten. Auch wenn sich DHL und die internationalen Gewerkschaften zukünftig viermal im Jahr treffen wollen, um Konflikte zu erörtern, so soll deren Lösung auch in Zukunft jeweils von den nationalen Akteuren gelöst werden. Verdi, als zuständige Gewerkschaft für die DHL in Deutschland, UNI Global und die ITF fordern weiterhin ein Internationales Rahmenabkommen für multinationale Unternehmen wie die DHL. Nur ein solches Abkommen könne die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft regeln und Beschwerden zukünftig minimieren.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 30.1.2014

Serbien: Gegen Änderungen am Arbeitsgesetz

Am 23. Januar nahmen Gewerkschaften in ganz Serbien an einem einstündigen Streik gegen die Vorschläge der Regierung für größere Änderungen des Arbeitsrechts teil. Die beiden großen Gewerkschaftsbünde unterstützten zusammen mit mehreren unabhängigen Gewerkschaften die Aktion, die sich gegen Änderungen, die gravierende Auswirkungen auf die Rechte der Arbeitnehmer, einschließlich der Änderungen an Abfindungen, Entschädigung für Krankheitstage und bezahlten Urlaub haben, richtete. Die serbischen Gewerkschaften sind auch sehr besorgt über Änderungen an dem Gesetz, das die Position von Gewerkschaftsvertretern und das Recht auf Tarifverhandlungen behindert, und finden es falsch, dass die Gehälter und Arbeitszeiten nicht mehr in Arbeitsverträgen festgelegt werden sollen. Die Gewerkschaften argumentieren, dass die serbische Regierung mehr daran interessiert ist, mit der Änderung des Arbeitsrechts internationalen Investoren zu entsprechen, anstatt Bedingungen für menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen, unter völliger Missachtung des sozialen Dialogs. Es gibt auch Hinweise, dass die Europäische Kommission diese Art von Reformen unterstützt. Serbien ist ein Beitrittskandidat der EU und in ihrem Fortschrittsbericht 2013 über Serbien behauptet die Kommission: „Es gibt eine Reihe von Beschränkungen für Abfindungszahlungen, die Dauer der befristeten Beschäftigung, branchenweite Tarifverträge, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Lohnabrechnung und Entschädigungen, die Hindernisse für die Schaffung von Arbeitsplätzen bedeuten und die Arbeitsflexibilität einschränken.“

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 27.1.2014

Türkei: Angriffe auf Gewerkschaften verurteilt

Am Vorabend der Gerichtsverhandlung gegen 502 Gewerkschaftsmitglieder

der in der Türkei verurteilte der geschäftsführende ITF-Generalsekretär Steve Cotton in einem Schreiben an den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan die Rechtsverstöße im Land aufs Schärfste. In seinem Schreiben vom 15. Januar verweist Cotton auf mehrere Verletzungen von Arbeitnehmer/innenrechten, denen Vertreter/innen der Konföderation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (KESK) zum Opfer fielen. Die KESK ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) angeschlossen und zählt die Vereinte Gewerkschaft der Verkehrsbeschäftigten (BTS), eine Mitgliedsorganisation der ITF, zu ihren Mitgliedern. Die Beschäftigten müssen sich wegen der Teilnahme an einem Streik und einer Demonstration verantworten, die die KESK im Jahr 2012 organisiert hatte. Dies ist nur der jüngste Versuch, die KESK und die BTS zu kriminalisieren. Vorangegangen waren bereits mehrere Schauprozesse im Jahr 2009. An diesem jüngsten Protest nahmen Tausende von Beschäftigten im öffentlichen Sektor teil, um ihren Widerstand gegen das Gewerkschaftsgesetz und die Neuregelung des Bildungsgesetzes zum Ausdruck zu bringen. Die Veranstaltung endete in Gewalt. Zwei Demonstrationsteilnehmer erlitten beim Polizeieinsatz schwere Verletzungen. Obwohl gegen die Polizeibeamten Klage auf Schadensersatz erhoben wurde, wurde kein Strafverfahren eingeleitet. Cotton spricht in seinem Brief noch weitere Gewerkschaftsrechtsverletzungen in der Türkei an, die auf der Internationalen Arbeitskonferenz, dem Jahrestreffen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf (Schweiz), behandelt wurden. Cotton appelliert nachdrücklich an die türkische Regierung, „alle aufgrund von unbewiesenen Verbindungen zu illegalen Organisationen inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder unverzüglich wieder auf freien Fuß zu setzen, das Versammlungs- und Demonstrationsverbot aufzuheben und ihre Pflicht zur Gewährleistung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten für ihre Beschäftigten zu erfüllen.“ Mac Urata, der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, erklärte: „Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 27.1.2014

Korea: Internationaler Protest gegen Verhaftungen

Eine hochrangig besetzte internationale Delegation, die eine Untersuchung der Angriffe auf die Korean Railway Workers' Union (KRWU) durchführt, hat die Schikanen gegen die Führungsspitze der Gewerkschaft aufs Schärfste

kritisiert. Neben Vertreter/innen des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB), des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses (TUAC) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen der öffentlichen Dienste (IÖD) nahm der Rechtsvertreter der ITF Ruwan Subasinghe an der Delegation teil. Sie besuchten fünf verhaftete Gewerkschaftsführer in Gefängnissen in Seoul und boten ihnen Unterstützung und Solidarität an. Subasinghe erklärte in einer Stellungnahme, dass der Streik der KRWU alle Verfahrensvorschriften des koreanischen Rechts erfüllt habe und auch nach internationalem Recht vollkommen legal gewesen sei. Er kritisierte die Entscheidung eines koreanischen Gerichts, Haftbefehle aufrecht zu erhalten, obwohl die Gewerkschaftsführer sich freiwillig der Verhaftung stellten. Die ITF will nun gemeinsam mit dem IGB bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Klage wegen der Verletzung internationaler Arbeitsnormen gegen die koreanische Regierung einreichen. Sie wird diese Vorwürfe auch bei der OECD vorbringen. Anknüpfend an die globalen Aktionstage im Dezember und Januar plant die ITF ferner, ihre Mitglieder weltweit zu allen erforderlichen rechtmäßigen Aktionen zu mobilisieren, um die gewerkschaftsfeindlichen Taktiken der koreanischen Regierung öffentlich zu machen und zu beenden.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 23. Januar 2014

USA: Kellogg's sperrt Arbeiter in Memphis aus

Der Cornflakes-Konzern Kellogg's sperrt seit dem 22. Oktober 220 Mitglieder der Gewerkschaft BCTGM aus seiner Fabrik im amerikanischen Memphis aus, um die Gewerkschaft zur Annahme eines Plans zu zwingen, der den Einsatz von Gelegenheitsarbeitern radikal anheben würde. Laut diesem Plan sollen alle neuen Arbeitskräfte nur noch vorübergehend, ohne garantierte Arbeitszeiten und zu geringeren Löhnen und Sozialleistungen beschäftigt werden, wodurch es mit der Zeit zu einer Umwandlung der gesamten Beschäftigungsstruktur des Betriebs kommen würde. Das Unternehmen nennt das „Die neue Arbeitskraft der Zukunft“. Kellogg's bläst zu diesem Angriff, obwohl der Rahmenvertrag von 2012, der die Gelegenheitsarbeit einschränkt, nach wie vor in Kraft ist. Die Gewerkschaft besteht darauf, dass Gelegenheitsarbeit im Rahmen des Vertrags verhandelt werden muss – seither sehen ihre Mitglieder den Feiertagen vor verschlossenen Fabrikstoren entgegen. Um den Druck zu verstärken, wurde den BCTGM-Mitgliedern im Betrieb in London, Ontario (Kanada),

am 11. Dezember aus heiterem Himmel mitgeteilt, dass ihr Betrieb 2014 geschlossen werden soll; damit würden rund 500 gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze verloren gehen. Ein Teil der Produktion würde nach Memphis verlagert, wo das Unternehmen hofft, mit Gelegenheitsarbeit produzieren zu können.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 28.1.2014

Südafrika: Sieben Verletzte durch Polizeiattacken

In den Platin- und Goldbergwerken Südafrikas wird wieder gestreikt. Nach Mitteilung der Gewerkschaft Association of Mineworkers and Construction Union (Amcu) legten am 24.1. 80.000 Beschäftigte ihre Arbeit nieder. Bei dem letzten Streik im vorigen Jahr kam es zu dem Massaker von Marikana, bei dem 34 Streikende durch den Einsatz der Polizei getötet worden waren. Amcu fordert ein Einstiegsgehalt für die unterste Hierarchieebene von 12.500 Rand pro Monat (822 Euro) ohne Zulagen. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die Arbeiter bis jetzt erhalten. „Wir erinnern die Arbeitgeber daran, dass die Kumpel nicht umsonst ihr Blut vergossen haben“, sagte Amcu-Präsident Joseph Mathunjwa an einer Kundgebung am Wochenende in Marikana. Die Arbeitgeber der Platinminen sind bis jetzt nicht bereit, auf die Forderungen der Streikenden einzugehen. Der Marktführer Anglo Platinum hat eine Lohnerhöhung von 8,5 % angeboten. Im Gegensatz zu den in der Goldförderung tätigen Unternehmen, die weltweit nur eine geringe Rolle spielen, stehen die Konzerne, die die Platinminen betreiben, unter gewaltigem Druck. Schließlich ist Südafrika der weltweit größte Lieferant dieses Edelmetalls. Sieben streikende Bergarbeiter wurden bei der Anglo American Platinum Platinmine Khusaleka (Amplats) nach Zusammenstoßen mit der Polizei verletzt berichtete die Amcu am 4. Februar. Die Polizei setzte Gummigeschosse und Blendgranaten ein, um die rund 3.000 Arbeiter an der Anlage Rustenburg im Nordwesten auseinander zu treiben. Mindestens zwei Bergleute wurden festgenommen. Mindestens acht Menschen wurden allein in diesem Jahr getötet, meisten bei Arbeiterprotesten. Präsident Jacob Zuma warnte die Protestierenden, friedlich und verantwortungsbewusst zu demonstrieren in Übereinstimmung mit der Verfassung. Derzeit findet die alljährliche Mining Indaba (Bergbau Investment Veranstaltung) in Kapstadt statt. Einer der wichtigsten Diskussionspunkte sind die Arbeitsbeziehungen.

Quelle: <http://izindaba.info>; <http://ewn.mobi>, 4.2.2014

EU-Kommission scheitert mit schärferer Saatgutverordnung

BERLIN. Die Europäische Kommission ist vorerst mit dem Versuch gescheitert, Saatgut strikter zu regulieren. Der Agrarausschuss des EU-Parlaments lehnte den Entwurf der Kommissare ab. Saatgut-Aktivist*innen erwarten nun „ein klares Bekenntnis zur Vielfalt und zu denen, die sie verteidigen: Landwirte, Gärtner*innen, kleine Züchter und Erhaltungsinitiativen“. Mit der neuen Verordnung soll der Markt für Pflanzensamen in der EU einheitlicher und strenger reguliert werden. Damit würden jedoch Agrarkonzerne wie Monsanto, Syngenta oder Bayer bevorzugt, kritisiert die Kampagne „Freiheit für die Vielfalt“. Daher sei der heutige Beschluss des Agrarausschusses auch „ein wichtiges Signal an eine Handvoll Chemie-, Gentechnik- und Saatgut-Unternehmen, die in den europäischen und weltweiten Handel mit Saatgut dominieren“, erklärte Benedikt Haerlin für die Kampagne. Im März müsse das Plenum des Parlaments nachziehen und Erhaltungs- und Biozüchter unterstützen. Andernfalls könnten traditionelle und lokale Sorten vollends von den einheitlichen Hybrid-Saaten der Konzerne verdrängt werden.

Auch der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft begrüßte die Entscheidung des Ausschusses, den Vorschlag der Kommission abzulehnen. Denn: „Würde der Vorschlag umgesetzt, könnte der dramatische Verlust von Obst-, Gemüse- und Getreidesorten forciert und die Existenz wichtiger Züchtungsunternehmen aufs Spiel gesetzt werden. Ohne Biodiversität ist die weltweite Ernährungssicherung in Gefahr: Eine Anpassung der Pflanzen an die Folgen des Klimawandels, wie Dürre, wäre ohne eine breite genetische Vielfalt bei Nutzpflanzen kaum möglich.“

www.keine-gentechnik.de

Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

MAGDEBURG. Ähnlich wie in anderen Städten wollten NPD, Kameradschaften und autonome Nationalisten am Samstag, 18. Januar 2014, das Gedenken an die Bombardierung Magdeburgs für ihre nationalistischen und rassistischen Aufmärsche instrumentalisieren ... Vormittags gab es jedoch in der Innenstadt Richtung Stadtfeld einen polizeilichen Angriff auf eine Spontandemonstration. Ohne polizeiliche Vorwarnung, ohne vorhergehende Aufforderung stürmte eine Berliner Hundertschaft in die Demonstration, teilte Faustschläge und Fußtritte aus, um ein Transparent zu beschlagnahmen, das kurze Zeit später zurückgegeben wurde. Einige Zeit später drangen Polizeieinheiten in diese Versammlung ein, um Einzelne herauszuzerren, Personalien festzustellen und in Gewahrsam zu nehmen. Eine

potentiell eskalierende und unverhältnismäßige Maßnahme ... Immer wieder beobachteten wir verschiedene Länderpolizeien, auch mit der Bundespolizei kooperierend, die sachlich mit dem Protest und ihrem Auftrag, die Gruppen auseinanderzuhalten, umgingen. Die über zwanzig Fest- oder Ingewahrsamnahmen machen jedoch deutlich, dass auch unverhältnismäßig gegen Einzelne vorgegangen wurde. Vor allem all diejenigen, die dem polizeilichen Feindbild „der Autonomen“, „des schwarzen Blocks“ entsprechen, sind von polizeilicher Gewalt bedroht. Auch das oft martialische Auftreten der Polizei mit Helmen und gepanzerter Schutzkleidung bis hin zum Einsatz einer Pferdestaffel war angesichts der Friedlichkeit des Protestes überflüssig ... Die Besonnenheit der vielen Demokraten ließ an diesem Tag den Protest überall in der Stadt sichtbar werden. Letztes Jahr war genau dies nicht möglich. Dennoch wurde auch in diesem Jahr den Nationalisten eine Demonstration ermöglicht und ein Gegenprotest in Sicht- und Hörweite weitgehend unterbunden. Darum muss weiterhin gestritten werden.

www.grundrechtekomitee.de/

Warum verlassen Menschen ihre Heimatländer?

HAMBURG. Am vergangenen Samstag, den 1. Februar 2014, nahmen mehr als 200 Menschen an der ersten von zwei Konferenzen der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ teil. Nach 10 Monaten des Kampfes auf den Straßen in Hamburg wollten die aus Libyen im Zuge des Nato-Angriffs geflohenen Flüchtlinge der interessierten Öffentlichkeit und allen unterstützenden Kreisen in Beiträgen die Gründe benennen, welche sie gezwungen haben, letztendlich ihre Länder und später Libyen zu verlassen. Mit den beiden Konferenzen sollen die politischen Hintergründe für die Flucht einerseits und für die Motivation nach einer Gruppenanerkennung als Kriegsflüchtlinge andererseits vorgestellt werden, um den Widerstand in den kommenden Monaten fokussiert und konzentriert zu gestalten. Dieses Anliegen gewann immer mehr an Bedeutung, weil in den letzten Monaten in der Presse und Öffentlichkeit die Kernursache für die Flucht der in „Lampedusa in Hamburg“ organisier*innen Flüchtlinge verschwiegen und teilweise sogar falsch dargestellt wurde. Gleichzeitig bleibt der Hamburger Senat bei seiner abweisenden Haltung, stiehlt sich aus der Verantwortung oder erklärt das Problem gar für gelöst.

Auf der ersten Konferenz am vergangenen Samstag unter dem Titel: „Warum verlassen Menschen ihre Heimatländer? Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“ wurden die Fluchtursachen im Vordergrund gestellt, während auf der zweiten Konferenz am 8. Februar

2014 die Situation der Flüchtlinge in Deutschland vorgestellt werden soll. Die zweite Konferenz soll verdeutlichen, warum die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ sich von dem Vorschlag des Hamburger Senats, sich hier in die Fänge des deutschen Asylsystems zu begeben, distanziert. Zuletzt soll am kommenden Wochenende darüber diskutiert werden, wie der Aufbau und Ausbau solidarischer Strukturen beschleunigt und gestärkt werden kann. Am vergangenen Samstag waren über 200 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und sogar Ausland zur Konferenz gekommen. Die drei Hauptvorträge von Dr. Boga Sako Gervais, Maissara M. Saeed und Prof. Dr. Normaen Paech wurden ergänzt durch Beiträge der Mitglieder der Gruppe Lampedusa in Hamburg und der Teilnehmer*innen und Teilnehmer der Konferenz. Zu Beginn wurden ein Videointerview mit Affo Tschassei und ein Video über die Solidaritätsaktion der Hamburger Schüler*innen und Schüler gezeigt. Letztere hatten unter dem Motto „Politikunterricht auf die Straße tragen – Bleiberecht für alle!“ ihre Solidarität mit dem Kampf der Flüchtlinge in Hamburg durch einen Schulstreik demonstriert.

www.thecaravan.org/node/4016

Armut auf Rekordhoch

BERLIN. Vor der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich und der sozialen Verödung ganzer Regionen warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich der Veröffentlichung seines Armutsberichts 2013. Mit 15,2 Prozent habe die Armut in Deutschland ein neues Rekordhoch erreicht, die soziale und regionale Zerrissenheit habe dabei dramatisch zugenommen. Gemeinsam mit der Nationalen Armutskonferenz fordert der Verband die gezielte finanzielle Förderung notleidender Kommunen sowie ein Paket von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zum Erhalt der sozialen Infrastruktur vor Ort.

„Sämtliche positive Trends aus den letzten Jahren sind zum Stillstand gekommen oder haben sich gedreht. Die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen und Armutsregionen auf der anderen Seite wächst stetig und deutlich. Deutschland war noch nie so gespalten wie heute“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Seit 2006 habe die Armut in Deutschland besorgniserregend von 14 auf nunmehr 15,2 Prozent zugenommen. Der Abstand zwischen dem Bundesland mit der geringsten Armutsquote (Baden-Württemberg: 11,1 %) und dem Letztplatzierten (Bremen: 23,1 %) habe sich vergrößert und betrage mittlerweile 12 Prozentpunkte. Auch das Ausmaß der regionalen Zerrissenheit innerhalb der Bundesländer habe eine neue Qualität erreicht. Keine

Entwarnung gebe es insbesondere für die „armutspolitische Problemregion Nummer 1“, das Ruhrgebiet. „Ganze Regionen befinden sich in Abwärtsspiralen aus wachsender Armut und wegbrechender Wirtschaftskraft. Hier brauchen wir eine gezielte finanzielle Förderung und soziale Programme, um der Verödung entgegenzuwirken“, so Schneider.

Die Nationale Armutskonferenz (nak) bewertet die Befunde als alarmierend. „Der Bericht zeigt, dass wir in Deutschland weiter von einer chancengerechten Gesellschaft entfernt sind, als je zuvor“, so Sprecher Joachim Speicher. In einem Sechs-Punkte-Katalog fordert die Nationale Armutskonferenz zur Armutsbekämpfung unter anderem eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze, Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose sowie eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Gemeinsam kritisieren Schneider und Speicher den Verzicht der neuen Bundesregierung auf solidarische Steuererhöhungen für große Vermögen und Einkommen, um entsprechende Maßnahmen zu finanzieren. Den Bericht, weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen finden Sie im Internet unter:

www.der-paritaetische.de/armutsbericht2013

„Red Hand Day“ am 12. Februar

BERLIN. „Die grün-rote Landesregierung unterstützt die Anwerbung von Minderjährigen zur Bundeswehr“ kritisiert Klaus Pfisterer, Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg anlässlich des internationalen Aktionstages „Red Hand Day“. An diesem Gedenktag wird auf den Einsatz von ca. 300 000 Kindern aufmerksam gemacht, die weltweit als Soldaten missbraucht werden. Jährlich werden rund 1000 Minderjährige als freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten zur Bundeswehr eingezogen und an der Waffe ausgebildet. Darunter sind auch zahlreiche Jugendliche aus Baden-Württemberg.

„Die Anwerbungs- und Einberufungspraxis verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention“, so Pfisterer, der in der landesweiten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ engagiert ist. Deutschland hat das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten 2004 ratifiziert und sich damit zu einem weit reichenden Schutz Minderjähriger verpflichtet. „Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Einberufungspraxis von Minderjährigen umgehend einzustellen und künftig auf die Anwerbung der Jugendlichen zu verzichten.“ „Die grün-rote Landesregierung macht sich mit dieser Praxis gänzlich un-

glaubwürdig“, kritisiert Pfisterer weiter. Denn mit der Kooperationsvereinbarung, die am 4. Dezember 2009 vom damaligen Kultusminister Rau (CDU) mit der Bundeswehr geschlossen wurde, wird den Jugendoffizieren in den Schulen Privilegien eingeräumt, die keiner anderen Personengruppe zustehen. Jugendoffiziere selbst sind oft die Türöffner für die Karriereberater der Bundeswehr, die in den Schulen ganz konkret für den Arbeitsplatz Bundeswehr werben. Unter der grün-roten Landesregierung hat sich an der Praxis nichts geändert, obwohl Bündnis90/Die Grünen im Dezember 2012 die Kündigung dieser Kooperationsvereinbarung beschlossen und zahlreiche SPD-Abgeordnete sich ebenso dafür ausgesprochen haben.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Bundeswehr Nachwuchssorgen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linke vom 21. Januar 2014 mitteilte, werden im großen Stil bereits 16-jährige Mädchen und Jungen angeschrieben und auch Bewerbungen von 16- und 17-Jährigen angenommen. In Baden-Württemberg führt die Bundeswehr jährlich Tage der Schulen z.B. in Bruchsal und Immenlingen durch, bei dem mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler in die Kasernen gefahren werden, um den Alltag der Soldatinnen und Soldaten kennen zu lernen. Pfisterer: „Werbung ist eigentlich untersagt, doch bei der getrennten Information der Lehrkräfte und Schüler werden die Schüler dem Verantwortungsbereich der Lehrkräfte entzogen“. Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ fordert die Landesregierung zum wiederholten Mal auf, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr endlich zu kündigen. Um ihren Forderungen Nachdruck

zu verleihen, wird die Kampagne ihre Aktivitäten ausweiten, z.B. bei der Didacta vom 25.-29. März 2014 in Stuttgart.

Bei der größten Bildungsmesse Europas hat die Bundeswehr einen der größten Stände auf dem Messegelände. www.dfg-vk.de

Atommüll: 26 Castoren nur Spitze des Eisbergs

HAMBURG. Zu den heutigen Verhandlungen von Bund und Ländern über den Verbleib der 26 Castor-Behälter, die in den nächsten Jahren aus Frankreich und Großbritannien zurückkommen sollen, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“:

„Seit fast einem Jahr streiten sich Bund und Länder um 26 Castor-Behälter. Keiner will sie gerne haben. Doch gleichzeitig ist in den neun laufenden deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2013 Atommüll für 24 weitere Castoren angefallen, über den niemand spricht. Bis 2022, wenn die letzten sechs AKW vom Netz gehen sollen, werden insgesamt noch hochradioaktive Stoffe für weitere 165 Castor-Behälter produziert. Die 26 Castoren, um die es heute geht, sind also nur die Spitze des Eisbergs. Die weitaus größeren Probleme blenden Bund und Länder aus. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein hat im vergangenen Jahr die Genehmigung für das Zwischenlager in Brunsbüttel aufgehoben, weil der Schutz gegen Flugzeugabstürze und Angriffe mit panzerbrechenden Waffen nicht nachgewiesen werden konnte. Die anderen Lagerhallen, über die Bund und Länder heute verhandeln, sind baugleich oder haben sogar dünnere Wände als das Lager in Brunsbüttel. Es gibt also bundesweit keine geeignete und

sichere Möglichkeit, die Castoren aus Großbritannien und Frankreich, aber auch die aus den deutschen AKW, zu lagern. Die geplante Atommüll-Kommission darf sich übrigens mit den ungelösten Problemen der Zwischenlagerung erst gar nicht befassen. Stattdessen will man die Bevölkerung an den Standorten der Zwischenlager damit beruhigen, dass die Castoren 40 Jahre nach der ersten Einlagerung wieder weg kommen sollen. Dabei ist schon heute klar, dass es bis dahin keine andere Lagermöglichkeit geben wird. Die Politik arbeitet wie eh und je in Sachen Atommüll mit Lug und Trug. Wir fordern: Mit der verantwortungslosen Produktion von Unmengen strahlender Abfälle, die heute nicht sicher gelagert werden können und die samt den Risiken an kommende Generationen vererbt werden, muss endlich Schluss sein – und zwar jetzt und nicht erst 2022.“

www.ausgestrahlt.de



Wie steht es um das Sozialticket in Mannheim?

Die Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 wurden Mitte Dezember abgeschlossen. Das Sozialticket in Mannheim war Gegenstand der Diskussion bzw. der Haushaltsplanung.

Zunächst die positive Nachricht: Das Einzelticket zu einem Euro im Fünferblock, davon maximal zwei pro Monat und Person, ist weiter budgetiert. Ziel- und Grenzgröße sind 70 000 Fünferblöcke pro Jahr. Begünstigt sind im Wesentlichen Transferleistungsempfänger nach SGB II und XII, Wohngeldbezieher und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Reichweite ist auf die Großwabe Mannheim beschränkt.

Bisher scheint die Nachfrage in etwa mit dem Angebot übereinzustimmen. Der Aufwand für die Begünstigten ist jedoch groß. Sie müssen sich die Karten unter Vorlage des Sozialpasses im RNV-Kundenzentrum abholen. Diese Sozialtickets sind nach wie vor nicht aus den Automaten zu beziehen, obwohl dies angeblich mit der RNV abgesprochen gewesen sei.

Seit 2010, wo die Diskussion über das Sozialticket nicht zuletzt durch die Aktivitäten der Linken an Fahrt aufgenommen hatte, wird jedoch auch von SPD und Grünen über ein in der gesamten Metropolregion gültiges Sozialticket gesprochen, welches auch und vor allem als Monatsticket angeboten werden soll. Diese Diskussionen bekamen Auftrieb durch die Bemühungen auch im Heidelberger Gemeinderat, zusätzlich zum Sozial-Einzelfahrschein ein Sozial-Monatsticket zu beschließen. Aus diesen Bemühungen ist nach zähen Verhandlungen ein Monatsticket für ca. 30 Euro für Heidelberg und Umgebung geworden, unter Beseitigung des Einzelticket-Angebots. Wer mehr Geld einsetzen kann, kann z.B. auch ein Rhein-Neckar-Ticket gegen entsprechende höhere Zuzahlung erwerben.

Eine metropolregionweite Veranstaltung der SPD-Gemeinderatsfraktion mit ihren KollegInnen aus Heidelberg und Ludwigshafen setzte sich das „Metropoliticket“ zu einem erschwinglichen Preis definitiv zum Ziel. Dies sollte durch Verhandlungen mit dem VRN/URN erzielt werden.

Die Heidelberger Lösung, die am 1.1.14 in Kraft getreten ist, ist für den Stadthaushalt nicht gerade unerheblich: Es müssen ca. 800 000 Euro pro Jahr zugezahlt werden. Es handelt sich um eine Zuzahlung der Stadt für jedes

einzelne verkaufte Monatsticket. Der VRN war nicht bereit, pauschalierte Zuschüsse zu diskutieren. Erst recht nicht war er bereit, die Rechnung zu akzeptieren, dass das Sozialticket den RNV-Verkehrsunternehmen eigentlich keine Umsatz- und Ergebnisverschlechterungen sondern eher das Gegenteil einbringen würde. Weil nun Menschen den ÖPNV benutzen würden, die dies sonst gar nicht können oder die sonst schwarzfahren. Kein Verkehrsverbund hat bisher jemals nachweisen können, dass ein Sozialticket zu einer wirtschaftlichen Schlechterstellung für die angeschlossenen Unternehmen führen würde, geschweige dass man nach einer Einführung Zahlen dieser



Art auf den Tisch gelegt hätte. Lediglich die Stadtwerke Köln gehen aufgrund politischer Entscheidung davon aus, dass der Kölner Vergünstigungspass mehr Menschen auf die Schiene bringt und somit keine zusätzlichen Defizite generiert.

Was ist aus dem Anlauf in Mannheim geworden?

Die Linke hatte vor zwei Jahren auf den Kölner Erfahrungen aufbauend beantragt, mit dem RNV über ein Sozialticket-Angebot zu verhandeln und nur für den Fall von eventuellen nachvollziehbaren Nachforderungen des Verkehrsverbundes eine Rückstellung zu bilden, also gar keine Mittel in den laufenden Haushalt einzustellen.

SPD und Grüne hingegen forderten Subventionsmittel, und man einigte sich schließlich unter dem Druck des auf einen Haushaltsausgleich drängenden Oberbürgermeisters auf 400 000

Euro. Daraus resultierten die 70 000 Fahrscheineffekte.

Bei den Haushaltsberatungen im Dezember brachte die SPD gar keinen weitergehenden Antrag ein. Die Grünen forderten unter der Überschrift „Sozialticket anpassen“: „Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem VRN Verhandlungen über ein Sozialticket für die Metropolregion zu führen“. Sie setzten gar keine zusätzlichen Mittel ein. Ein Verfahren, welches auch von der SPD mitgetragen wurde, unter dem Motto: Wir sollten dem VRN nicht gleich Geld anbieten – die sollen erst mal sagen, was es kostet. Klingt gut und wie ein Lernerfolg aus der Kölner Logik. Auch die Linke hatte einen Lernerfolg:

Sie hatte zur Kenntnis genommen, dass mit den beiden anderen Parteien der Kölner Weg offensichtlich nicht zu gehen ist und hatte 990 000 Euro in ihrem Antrag zum „Weiteren Ausbau des Sozialtickets“ als jährliche Aufwandsgröße angegeben. Dieser Betrag errechnete sich aus folgender Überlegung: Der VRN solle das „Monatsticket ab 60“ als Basis eines Sozialtickets für den Berechtigtenkreis öffnen und für 22 Euro verkaufen. Die Differenz zum eigentlichen Preis solle die Stadt übernehmen. Die Rechnung geht ferner von der Annahme aus, dass im Durchschnitt höchstens 11 Monatskarten pro Person und Jahr erforderlich sein würden. Und außerdem wurde eine Inanspruchnahme durch 25% der Berechtigten als wahrscheinlich vorausgesetzt.

Der Fraktionsvorsitzende Eissenhauer der SPD erklärte zwar, er halte diese Rechnung für nachvollziehbar. Aber man solle überhaupt erst einmal mit dem VRN verhandeln und kein zusätzliches Geld budgetieren.

Wahlkampf als Chance

Ergebnis dieses Haushaltsberatungsthemas: Der OB und sein Kämmerer, der zugleich auch für den ÖPNV zuständig ist, sagten erstmals zu, mit dem VRN über ein Sozialticket zu verhandeln. Bisher wurde ja nicht verhandelt, sondern einfach Preisnachlässe eins zu eins aus dem Stadtsäckel ausgeglichen – für die Verkehrsunternehmen eine Sache, mit der sie gut leben können. Man darf nun gespannt sein, wann diese Verhandlungen losgehen und mit welchem Ergebnis. Die Linke wird den Wahlkampf und die Diskussionspodien nutzen, um an diese Verhandlungszusage zu erinnern.

Thomas Trüper

Initiative „Messeumbau nicht um jeden Preis“ gewinnt knapp in Essen

„Bürgerwille stoppt Messe-Umbau“ titelte die „Neue Ruhr Zeitung“ (NRZ) am Tag nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid in Essen gegen eine 123-Millionen-Euro-Investition der Stadt in die Messe Essen. 50,4 % stimmten am 19.1.2014 für das Bürgerbegehren „Messeumbau nicht um jeden Preis“ und damit gegen den geplanten Umbau. Die Wahlbeteiligung lag mit 131.489 Teilnehmer/innen an der Abstimmung erfreulich hoch, das sind 29 % der Kommunalwahlberechtigten. Mit 972 Stimmen lagen die Befürworter des Bürgerentscheides allerdings nur ganz knapp vorne. Die erforderlichen Unterschriften für den Bürgerentscheid hatten vor allem die Grünen und Die Linke mit einer großen Kraftanstrengung im Herbst 2013 gesammelt.

Dem Bürgerentscheid ging eine mehrjährige Diskussion im Aufsichtsrat der Messe Essen, im Stadtrat und in der Öffentlichkeit voraus. Mit immer neuen Gutachten stellte die Messe dar, dass sie ohne Modernisierung der Hälfte ihrer rund 100 000 qm großen Messehallen nicht mehr konkurrenzfähig sei. Die dann entwickelten Pläne sahen einen Abriss z.T. auch noch funktionsfähiger Gebäudeteile sowie den Neubau eines großen Teils der Messe vor.

Die Messe ist eine Tochter der Stadt Essen mit einer geringfügigen Beteiligung der IHK. Die Messegesellschaft ist seit Jahren defizitär und konnte nur durch immer neue Stützungsmaßnahmen der Stadt wie Grundstücksübertragungen, ein Cross-Border-Leasing-Geschäft und direkte Zuwendungen vor der Insolvenz bewahrt werden. Für 2014 war ein städtischer Zuschuss von 13 Mio. Euro geplant.

Messe nicht um „jeden Preis“

Den breiten Konsens im Stadtrat, die Messe um jeden Preis über Wasser zu halten, trugen auch die Grünen bis zum Sommer 2013 mit, einzig die linke Stadtratsfraktion stellte seit Jahren kritische Fragen. Sie fasste ihre Haltung in der Stellungnahme zum Bürgerentscheid so zusammen: „Die Position der Linken-Ratsfraktion zu einer auch unserer Sicht erforderlichen Ertüchtigung der Messe Essen lautet: Realistischer, ggf. kleiner, mit neu zu entwickelnder messestrategischer, wirtschaftlicher und konzeptioneller Ausrichtung. Alle Ratsanträge, die wir

diesbezüglich seit März 2011 stellten, wurden jedoch von den Messelobbyisten im Rat, also von CDU, SPD, FDP und EBB, abgebugelt.“

Außer Linken und Grünen waren sich fast alle völlig einig, dass Alternativen unter dem Motto „Kleiner, aber feiner“ nicht in Frage kommen. SPD-Oberbürgermeister Reinhard Pass, der in vielen Fragen ohne politisches Geschick agiert, setzte voll auf die große Mehrheit im Rat. Damit verkannte er eine breite Stimmung in der Essener Bevölkerung: Sportplatz- und Schwimmbadschließungen, Kürzungen im breitenkulturellen Bereich und marode Schulgebäude, angesichts einer solchen Bilanz ging vielen Menschen quer durch alle Schichten eine so spekulative und riskante Investition gegen den Strich.

Unter Einsatz auch von Mitteln der Messe Essen selbst „schmiedete“ der Oberbürgermeister ein Bündnis vom Hotel- und Gaststättenverband über das Taxigewerbe bis zur IHK. Der Wahlkampf pro Messeumbau soll an die 300 000 Euro gekostet haben. Auch die Gewerkschaften, allen voran Verdi, machten Front gegen das Bürgerbegehren. Während die Wirtschaftslobby vor allem die sogenannte „Umwegendite“ und die Werbung für den Standort Essen betonte, argumentierten die Gewerkschaften mit der Gefahr für Arbeitsplätze. Rund 200 Arbeitsplätze bestehen bei der Messe Essen selber. Rund 3.500 Arbeitsplätze sollen laut einem IFO-Gutachten an der Messetätigkeit hängen. Diese Behauptung wurde durch ein Gegengutachten in Frage gestellt, vor allem aber konnten die Befürworter des Bürgerbegehrens deutlich machen, dass es ihnen nicht darum geht, jegliche Entwicklung der Messe zu verhindern oder sie gar zu schließen, sondern um günstigere Alternativen.

Doch „David“ hat gegen „Goliath“ gewonnen, wie die Vertretungsberechtigten auf ihrer Homepage titeln.

Stadtgesellschaft über Entwicklungsperspektiven geteilt

Das äußerst knappe Ergebnis zeigt die Zerrissenheit der Stadtgesellschaft in Essen über den künftigen Entwicklungsweg. Diese Zerrissenheit hat offensichtlich einen sozialen Hintergrund, wie die Wahlergebnisse auf

**123 Millionen
für die Messe?**
- dann bleiben wir
auf der Strecke!

**Geld für
Bus & Bahn!**



Deshalb am 19. Januar mit
JA zum Bürgerentscheid
„Messe-Umbau nicht um
jeden Preis“ stimmen.



Nutzen Sie auch die Möglichkeit der Briefwahl!
www.messe-buergerbegehren.de

Stadtbezirksebene nahelegen. In den Stadtbezirken mit einer bürgerlich, relativ gut verdienenden Einwohnerschaft wurde mehrheitlich für die Investition gestimmt. In den ärmeren und bunten Stadtbezirken gab es überwiegend Mehrheiten gegen die Investition.

Hilflos reagierte Oberbürgermeister Pass. Statt sich Gedanken darüber zu machen, wie durch eine stärkere Bürgerbeteiligung im Vorfeld solcher Investitionen die Stadtgesellschaft an der Meinungsbildung ausreichend demokratisch eingebunden werden kann, malte er die Zukunft der Stadt Essen tiefschwarz und stellte Bürgerentscheide in Frage. Es müsse darüber nachgedacht werden, „wo Bürgerentscheide ihre Grenzen haben“.

Stattdessen wäre es dringend, über ein realistisches Entwicklungskonzept für die Messe zu diskutieren. Denn der Bürgerentscheid hat zunächst nur die beschlossene Großinvestition gestoppt, ein Umbau der Messe mit anderen, deutlich geringer dotierten Plänen ist auch nach Ansicht von Kommunalrechtlern nicht ausgeschlossen.

Essen steht zwar auf Platz 10 der größten Messen in Deutschland. Die Stadt ist damit aber nur ein mittlerer Messestandort, der in den vergangenen Jahren mehrere große Messen wie die Fibo oder die Spielmesse an Düsseldorf oder Köln verloren hat. Mit diesen Messen kann Essen nicht mithalten, da die Messe mitten in der Stadt liegt und keine Reserveflächen mehr hat. Das umstrittene Ausbaukonzept ignorierte diese Entwicklung und setzte wie in den vergangenen Jahren auf Konkurrenz mit den großen Messestandorten.

Realistischer wäre es z.B., die Entwicklung des Messestandortes Essen in eine Entwicklungsstrategie für das gesamte Ruhrgebiet einzubinden. Immer noch überwiegt das „Kirchturmdenken“ in den 53 Städten des Ruhr-

gebietes. Die Stadt Essen erhebt zwar immer mal gerne einen Führungsanspruch für das Ruhrgebiet, wird dem aber weder durch eine konzeptionelle Arbeit noch durch Vorschläge, wie eine arbeitsteilige Zusammenarbeit gestaltet werden könnte, gerecht.

Auf dieser Grundlage könnte auch eine Landesbeteiligung gefordert werden. In der Regel werden Messen in der Größenordnung von Essen nicht allein von den jeweiligen Kommunen getragen. Auch an Düsseldorf und Köln ist das Land NRW beteiligt.

Umdenken kommt nur schwer in Gang

Direkt nach dem Stopp für die Messe-Pläne wurde bekannt, dass die Reifen-Messe, eine der Leitmesen, nach 2017 nach Köln wechselt. Die Entscheidung, die bereits vorher getroffen wurde, wurde bis zum Bürgerentscheid zurückgehalten. Auch daran wird nur deutlich, dass die Messgesellschaft ihre gesamte Position im heiß umkämpften Messmarkt neu ausrichten muss. Bis Ende März soll die Geschäftsführung jetzt Vorschläge vorlegen, wie sie sich ihre Neuausrichtung vorstellt.

Während dessen deutet sich an, dass in den Stadtratsmehrheitsfraktionen ein Umdenkungsprozess nur schwer in Gang kommt. Stattdessen wird darüber nachgedacht, wie der Bürgerentscheid unterlaufen werden kann. Die Bindungswirkung des Bürgerentscheides ist auf zwei Jahre begrenzt. Warum nicht, so die nur angedeuteten Überlegungen, jetzt den Umbau so beginnen, dass er ab 2016 doch eine große „Lösung“ ermöglicht? Offen wird darüber vor der Kommunalwahl am 25.5.2014 sicherlich niemand reden.

Ziemlich sicher werden die Grünen wahlpolitisch von dem Bürgerentscheid profitieren. Sie machen in Essen auf Ratsebene gemeinsame Politik mit CDU, FDP und dem konservativen Essener Bürgerbündnis. Dies ist in ihrer Wählerschaft umstritten und widerspricht ihrer Ausrichtung auf Landes- und Bundesebene. Mit dem Bürgerentscheid haben sie sich mit sehr großem Engagement gegen ihre Bündnispartner gestellt und „freigeschwommen“, das kann Wahlpunkte bringen.

Ob Die Linke aus ihrer Unterstützung des Bürgerentscheides Rückenwind erhält, ist dagegen nicht so sicher. Der Kreisverband hat sich sehr unterschiedlich beteiligt, die zerstrittene Ratsfraktion hat eine Diskussion um Entwicklungskonzepte für die Essener Messe zwar eingefordert, aber selbst nicht viel dazu beigetragen. Die Idee einer „Ruhrmesse“ wurde von einer Mehrheit z.B. immer wieder abgelehnt. Die Ablehnung einer riskanten Messe-Investition allein ersetzt jedoch keine überzeugenden Konzepte. Dazu gehört mehr.

Gabriele Giesecke, Wolfgang Freye

Die Linke Bochum: Ausgrenzung statt Pluralismus

In Bochum haben alle bisherigen Ratsmitglieder und die meisten Bezirksvertreter/innen der Linken öffentlich erklärt, dass sie auf Grundlage des verabschiedeten Kommunalwahlprogramms nicht mehr zur Kommunalwahl im Mai kandidieren werden (s. Kasten). Vorangegangen war eine Entwicklung, die den innerparteilichen Pluralismus nicht nur in Bochum ernsthaft beschädigt hat.

Der innerparteiliche Pluralismus war eine wichtige Errungenschaft in der PDS, die der Bruch mit dem „demokratischen“ Zentralismus der SED hervorgerufen hat. Er war eine wichtige Basis

für die mehr (Ost) oder weniger (West) erfolgreiche Konstituierung als Partei des demokratischen Sozialismus gewesen. Auch wenn es nicht ohne Konflikte und Machtkämpfe ging, wurde dieser Pluralismus zumindest als Wert nicht ernsthaft in Frage gestellt, weil der Zeitgeist in dieser Partei so tickte. Dazu war der Bruch mit der Einheitspartei und den damit verbundenen Avantgardevorstellungen vor allem in den damals noch neuen Bundesländern zu existentiell gewesen. Diese Erfahrungen traten im Verlauf der Entwicklung zur bzw. der Linkspartei vor allem in den westlichen Bundeslän-

„Kandidatur auf Grundlage des Kommunalwahlprogramms nicht möglich“

Am vergangenen Freitag hat der Bochumer Kreisverband Die Linke gegen die Stimmen der anwesenden Fraktionsmitglieder das Kommunalwahlprogramm für die Kommunalwahl am 25. Mai verabschiedet. Dazu erklären die Ratsmitglieder der Linksfraktion Aygül Nokta, Bianca Schmolze, Ralf Feldmann, Arnold Vogel, Ernst Lange und Uwe Vorberg, sowie die Bezirksvertreter/innen Petra Malik (BV Südwest), Wolfgang Wendland (BV Wattenscheid), Martin Fechtelkord (BV Ost), Karin Plagge und Günter Fuhrmann (BV Mitte):

Leider ist es für uns aus inhaltlichen Gründen nicht möglich, auf Grundlage dieses Kommunalwahlprogramms zu kandidieren. Wir haben zwar mit einer Vielzahl von Änderungsanträgen versucht, die meisten aus unserer Sicht unrealistischen Forderungen zu ändern. Doch das ist uns nur vereinzelt gelungen, so dass das Programm viele Maximalforderungen enthält, für die wir keine Realisierungsmöglichkeiten sehen und deren Finanzierung unklar ist. Hier nur einige Beispiele:

- Im ganzen Bereich zu den Stadtwerken und der Beteiligung an STEAG werden Behauptungen aufgestellt, die wir nicht nachvollziehen können. Mit der Infragestellung der Kommunalisierung der STEAG und der Forderung nach dem Verkauf von Beteiligungen verlässt Die Linke Bochum den Antiprivatisierungskurs. Auf dieser Basis ist eine Politik der kritischen Unterstützung und Stärkung der Stadtwerke, die wir bisher gemacht haben, nicht mehr möglich.
- Im neuen Programm werden städtische „unsoziale“ Gebührenerhöhungen ausgeschlossen. Die Stadt ist aber gesetzlich verpflichtet, alle Kosten für eine bestimmte Dienstleistung über die Gebühren wieder einzuholen, so z.B. Lohnerhöhungen für die Beschäftigten. Sie darf damit keine Gewinne machen und muss evtl. Überschüsse wieder abführen. Die Forderung aus dem Kommunalwahlprogramm würde zu massiven Einnahmeverlusten bei der Stadt führen und zu Einschränkungen der Leistungen.
- Die Grundversorgung der Bevölkerung bei Energie, Wohnen, der Nahversorgung und der Kultur soll laut neuem Programm grundsätzlich von kommunalen Betrieben zu leisten sein. Wir wollen aber keine staatlich gelenkte Kultur oder staatliche Lebensmittelläden.
- Die kategorische Formulierung, dass für Die Linke im Zweifelsfall Ökologie vor Ökonomie geht, können wir nicht mittragen. Wir wollen zwar auch, dass bei der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft ökologische Kriterien eingehalten werden. Wir lehnen es aber ab, daraus einen solchen Widerspruch zu konstruieren. Die Linke ist keine ökofundamentalistische Partei, sondern die Partei, die die soziale Frage stellt, gerade auch bei der Ökologie, z.B. für bezahlbaren Strom. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal auch bei der Abwägung ökologischer und ökonomischer Interessen.

An vielen weiteren Stellen (z.B. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder die Weigerung, Wirtschaftsförderung für MigrantInnen ins Programm aufzunehmen) widerspricht das verabschiedete Kommunalwahlprogramm der Politik der Linken in Bund und Land und der bisherigen Arbeit der Bochumer Ratsfraktion. Aus diesen und weiteren Gründen können wir nicht mehr kandidieren. Wir werden uns aber weiterhin für eine soziale und demokratische Politik einsetzen, die die konkreten Bedürfnisse und Interessen der Bochumer Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt.

dern in den Hintergrund, oder wurden erst gar nicht gemacht, zugunsten eines Politikstils, der eher auf Hegemonie und Geschlossenheit setzt. Nicht umsonst war die Übernahme der PDS-Regelung mit den weitgehenden Rechten für die innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften so heftig umstritten und auch deshalb toben vor allem in den alten Bundesländern Strömungskämpfe um die Vorherrschaft in der Linkspartei.

Liegt das an einem Weltbild, in dem davon ausgegangen wird, linke Politik müsse sich in einer Welt von Feinden behaupten, in der dann alles auf die innere Geschlossenheit und das Siegen ankommt? In der sich die Partei als Gemeinschaft versteht, als „eine Gesamtheit von Personen ... , die eine Einheit bilden, indem sie ein und dieselbe globale – bzw. partiell globale – Lehre bejahen“ (John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness).

In den Gewerkschaften z.B. gibt es diese innere Geschlossenheit (wenn es darauf ankommt, bei Streiks), den äußeren Gegner (die Kapitaleseite), so etwas Ähnliches wie eine partiell globale Lehre (z.B. in Form von Vorstellungen eines besseren Lebens) und damit werden auch konkrete messbare Erfolge erzielt (x Prozent mehr Lohn). Das funktioniert bei Gewerkschaften, weil diese im Großen und Ganzen auf einen bestimmten Zweck ausgerichtet sind (Verbesserung der Lage der lohnabhängigen Milieus). Für eine moderne, linke Partei kann das, bei aller notwendigen Solidarität für gewerkschaftliche Kämpfe, kein Modell sein, weil sie für viele weitere Zwecke ausgerichtet sein und eine größere Bandbreite des gesellschaftlichen Lebens abdecken muss. Sie sollte in ihrer inneren Verfasstheit pluralistisch sein, weil die Gesellschaft und auch die lohnabhängigen Milieus pluralistisch sind, und offen sein für die „tiefreichenden und nicht auszuräumenden Unterschiede der vernünftigen Globalvorstellungen, die sich die Bürger in religiöser und philosophischer Hinsicht von der Welt machen, sowie der Unterschiede in ihren Auffassungen der im menschlichen Leben anzustrebenden moralischen und ästhetischen Werte“ (Rawls). Eine (linke) Partei muss verschiedene demokratische Globalvorstellungen in ihrer Mitgliedschaft ertragen, da es „angesichts des Faktums des vernünftigen Pluralismus unmöglich eine wohlgeordnete Gesellschaft geben kann, deren sämtliche Mitglieder ein und dieselbe Globaltheorie akzeptieren. Aber demokratische Bürger mit unterschiedlichen Globalvorstellungen können sich dennoch über politische Gerechtigkeitskonzeptionen einigen“ (Rawls). Zumindest das sollte auch der Anspruch einer linken Partei sein.

Der Konflikt in Bochum steht dagegen exemplarisch für eine Politik der Ausgrenzung, der Kehrseite der Geschlossenheit, die in den letzten Jahren zunehmend organisierte Mehrheiten (vor allen

auf den Wahlversammlungen) gewinnen konnte. Dazu gehören die typischen Erscheinungsformen, die hier nicht weiter erörtert werden müssen, weil sie jede/r kennt. (Vakanz von Vorstandsposten, weil Bewerberinnen nicht zum „richtigen“ Lager gehören, intransparente Finanzen und Vorstandsentscheidungen, Bekanntmachung wichtiger Termine erst unmittelbar vor Fristende, persönliche Herabsetzungen und Diffamierungen, etc.). Diese exklusive Politik gehört zum Hintergrund, warum die bisherigen Ratsmitglieder und die meisten Bezirksvertreter/innen nicht mehr kandidieren

werden. Schon jetzt ist völlig klar, dass dieser Konflikt nur Verlierer kennt. Wie kann sich die Bochumer Linkspartei künftig noch glaubwürdig für das wichtige Thema Inklusion einsetzen?

In Essen hat sich leider Ähnliches abgespielt und auch in Duisburg und anderen Städten in NRW gibt es Tendenzen in diese Richtung. Das sind keine guten Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Linkspartei. Dabei wird sie dringend gebraucht, gerade im Ruhrgebiet, wo sich Armut und Klassegegensätze verfestigen.

Thorsten Jannoff



Von links nach rechts: Hanna Parnow, Felix Schneider, Michael Scheffer, Gisela Stahlhofen, Uschi Röhrig, Michael Weisenstein, Güldane Tokyürek, Heiner Kockerbeck, Hamide Akbayir, Jörg Detjen, Angelika Link-Wilden, Peter Heumann.
Foto: H.-D. Hey / r-mediabase

Köln: Kandidat/-innen für den Stadtrat gewählt

Die Linke in Köln hat am Samstag, den 1. Februar ein Kurzwahlprogramm beschlossen, das Grundlage der späteren Ratsarbeit sein wird. Danach wurden die Kandidat/-innen für den Stadtrat aufgestellt. Das Wahlprogramm in der Langfassung wird am 22. Februar verabschiedet.

Die Ratsreserveliste führt wie zur letzten Wahl eine Doppelspitze an. Auf Platz eins kandidiert der langjährige Fraktionssprecher Jörg Detjen, auf Platz zwei die bisherige Fraktionsprecherin Gisela Stahlhofen. Auf den Plätzen drei und vier der insgesamt 20-köpfigen Liste folgen die chemisch-technische Assistentin und ehemalige NRW-Landtagsabgeordnete Hamide Akbayir sowie der Sozialarbeiter Michael Weisenstein, der dem Rat seit 2013 für Die Linke angehörte und für Sengül Senol nachgerückt war. Es folgen die parteilose Verwaltungsjuristin Güldane Tokyürek (5), der Gesamtschullehrer Heiner Kockerbeck (6), die Verdi-Betriebsrätin (Kliniken der Stadt Köln) Uschi Röhrig (7), der Germanistik-Student Felix Schneider (8), die parteilose Dipl.-Medienwirtin

und Wirtschaftspsychologin Hanna Parnow (9) sowie der Mediengestalter Michael Scheffer (10).

Auf die Plätze 11 bis 20 wurden gewählt: Dr. Tanja Groß, Berthold Bronisz, Beate Hane-Knoll, Bernd Petri, Ulrike Detjen, Michael Mohri, Hannelore Hildebrandt, Helmuth Krämer, Barbara Koberg, Klaus Hebert-Okon.

Der Kreissprecher der Linken Köln, Peter Heumann, erklärt:

„Mit Jörg Detjen, Gisela Stahlhofen, Hamide Akbayir und Michael Weisenstein führen uns vier erfahrene Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politiker in die Kommunalwahl. Auch freuen wir uns, dass wir mit der Sozialrechtsexpertin Güldane Tokyürek und mit Hanna Parnow, einer Aktivistin aus dem Umfeld des Autonomen Zentrums mit besonderen Erfahrungen in den sozialen Auseinandersetzungen dieser Stadt, zwei junge Frauen aus dem weiteren Umfeld unserer Partei für Kandidaturen auf unserer Liste gewinnen konnten. Mit ihnen und allen anderen Kandidatinnen und Kandidaten geht unser Kreisverband mit einer starken Ratsreserveliste in den Wahlkampf!“

Kommunalwahlvorbereitung in Freiburg

Am 25. Mai 2014 finden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen statt. Damit jährt sich in diesem Jahr zum dreißigsten Mal, dass in Freiburg ein linkes Kommunalwahlbündnis antritt. 1984 zog die Friedensliste mit einer Gemeinderätin in den Freiburger Stadtrat. 1989 schlossen sich dann um den Kern BWK-DKP, verschiedene Gruppen und Einzelpersonen zur Linke Liste – Friedensliste zusammen. Vor 10 Jahren wurde der Name dann in Linke Liste – Solidarische Stadt umgeändert. Im Freiburger Gemeinderat ist die Linke Liste der größte Teil (vier Sitze) der Fraktion der Unabhängigen Listen (UL), zu der noch die Kulturliste (zwei Sitze) und die Unabhängige Frauen Freiburgs (ein Sitz) gehören.

Mit ihren sieben Sitzen repräsentiert die UL keinen unwesentlichen Teil widerständiger Politik im Freiburger Gemeinderat. Zu diesem widerständigen Teil kann man noch die Grünen-Abspaltung Grüne Alternative Freiburg (zwei Sitze) rechnen. Denen gegenüber dann der bürgerliche Block: Grüne (13 Sitze), CDU (zehn Sitze), SPD (neun Sitze), FDP (vier Sitze), Freie Wähler (drei Sitze).

Vorwahlen in Freiburg

Um Kandidaten und Kandidatinnen für die Wahlliste zu finden, hat sich Linke Liste in diesem Jahr einen besonderen Weg ausgedacht. Hintergrund für dieses neue Verfahren der KandidatInnenaufstellung war, dass für die Linke Liste der Kern der politischen Basis die Arbeit im Stadtteil ist und dass Aufbau und Stärkung der verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung aus dem Stadtteil heraus erfolgen muss. Folgerichtig war dann die Überlegung, die Kandidatenaufstellung in die Stadtteile zu verlegen. Vor den Termin des eigentlichen offiziellen Wahlplenums wurden sogenannte Vorwahlen geschaltet. In den letzten Monaten wurde von der Linken Liste in den Stadtteilen zu Wahlversammlungen aufgerufen. In der Presseerklärung zu diesem Verfahren hieß es:

„Über diesen Weg werden wesentlich mehr Menschen an der Auswahl ihrer kommunalpolitischen VertreterInnen beteiligt. Zudem erhalten eigentlich Nichtwahlberechtigte (andere Staatsbürgerschaft, Jugendliche unter 16 Jahren u.a.) wichtige zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, die ihnen bisher aufgrund wahlrechtlicher Bestimmungen verweigert werden.“

Ziel war es, mindestens die Hälfte der Wahlliste durch die Vorwahlen bestimmen zu lassen. An den Vorwahlen konnten sich alle beteiligen, die den Wahlauftrag der Linken Liste unterstützen. Es wurde dabei klar gemacht, dass na-

türlich nur die offizielle Wahlversammlung die Wahllisten bestimmen kann, den Gewählten der Vorwahlen wurde aber zugesichert, dass sie bei der Listenaufstellung berücksichtigt werden.

Das gewagte Experiment war für die Linke Liste ein voller Erfolg. Es kamen einige widerständige Leute aus den Stadtteilen zusammen, die bisher noch nicht bei der Linke Liste aktiv waren, und sie belebten so auch die endgültige offizielle Kandidatenliste, die am 24. Januar gewählt wurde. Auf der Wahlversammlung wurde über ein Zehn-Punkte-Programm diskutiert, über das am 12.2. abgestimmt wurde.

Mietpreise ein Wahlkampfthema

Die wichtigste Debatte, die Zurzeit in Freiburg geführt wird und die auch den Wahlkampf dominieren wird, ist das Problem rasant steigender Mieten und das Fehlen preisgünstigen Wohnraums. Die Stadtverwaltung versucht dem mit der Methode des Bauens auf Teufel komm raus entgegen zu steuern. Ein neuer Stadtteil mit mindestens 5 000 Einwohnern ist geplant, Größe und Ort sind aber heftig umstritten. Auch die Linke Liste stimmt nicht vorbehaltlos dem neuen Stadtteil zu. Für die Linke Liste ist in Freiburg ein zentrales Element mieten- und wohnungspolitischer Steuerung die stadteigene Freiburger Stadtbau (FSB), der um die 10 000 Wohnungen gehören. Nach der eigenen Satzung hat die FSB den sozialen Auftrag, gute Wohnungen zu bauen und zu sozial verträglichen Mieten anzubieten. Dass sie das nicht tut, kritisiert die Linke Liste schon seit Jahren. Deshalb umfasst ein wesentlicher Programmpunkt des Wahlprogramms Forderungen, die die FSB dazu zwingen, ihrem Auftrag gerecht zu werden, wie z.B.:

„Wir treten für eine paritätische Mitbestimmung der Mieter im FSB-Aufsichtsrat ein. Wir fordern, dass die Freiburger Stadtbau für mindestens drei Jahre einen Mietstopp beschließt. Die Mieten der Stadtbau müssen deutlich (10%) unter den Obergrenzen des Miet spiegels liegen. Mieten sollten 25% des jeweiligen Einkommens nicht übersteigen, die Mietpreisbindung muss deutlich verlängert werden. Die FSB soll jährlich mindestens 300 Mietwohnungen fertig stellen. 40 Wohnungen der FSB jährlich sollen für sozial begleitetes Wohnen an Wohnungslose über das Amt für Wohnraumversorgung bereitgestellt werden.“

Wir wollen, dass die Freiburger Stadtbau ihren gesamten Wohnungsbestand für die Mieter kostenneutral instand setzt. Die Kosten einer energetischen Sanierung sollen zukünftig geteilt zu je einem Drittel von Vermietern, Mie-

www.linke-liste-freiburg.de
Offenes Kommunalwahlbündnis.
Seit 1984 im Stadtrat.
Für eine offene, für alle
bezahlbare, soziale und
umweltfreundliche Stadt!

LINKE LISTE
SOLIDARISCHE STADT

Freiburg wählt direkt!
VORWAHLEN
Alte, Junge, MigrantInnen, in den Stadtteilen
und DU wählen unsere KandidatInnen
vor Ort. Mitmachen. Selber kandidieren?!

**Offene Vorwahl-Versammlungen:
Jeder darf kommen und mitwirken!**

12.11.2013 - 19.30 Uhr Weststadt / Hecker Friedrichshafen Eckstr. 1	16.11.2013 - 19.30 Uhr Vorwahlen Jugendliche Lieser, Zentrum Gutenbergstr. 2	21.11.2013 - 20 Uhr Südkirch Café Volo am Bahnhof Wendengasse 2
13.11.2013 - 19.30 Uhr Südweststadt / Stern Südweststr. 10 Hof 15	18.11.2013 - 20 Uhr Häusern Südweststr. 9	24.11.2013 - 19.30 Uhr Völklingen Völklingen, Südbühnen- gasse 18
14.11.2013 - 19.30 Uhr Lieserweiden (Friedrichshafen) Lieserweiden Schwarzwaldstr. 197	19.11.2013 - 19.30 Uhr Bühl-Beckhof und Zähringen - AWO am Tennenbacher Platz	27.11.2013 - 20 Uhr Vorwahlen Studierende/Leser Hirschgasse 12/13, 401
14.11.2013 - 20 Uhr Vauban/Güterweg Güterweg Hofstr. 1	20.11.2013 - 20 Uhr Wahlkreis Zentrum Lieser, Zentrum Gutenbergstr. 2	28.11.2013 - 19.30 Uhr Südkirch/Tandberg Südkirch/Tandberg Glockenriedstr. 2

Weitere Termine www.linke-liste-freiburg.de

KOMMUNALWAHL 2014

tern und der öffentlichen Hand getragen werden. So soll die Stadt in Bestand und Neubau alle Möglichkeiten nutzen, um öffentlich geförderte und damit preisgünstige Mietwohnungen zu erhalten und zu schaffen.“

Die Mietenproblematik ist so brisant, das sich aus dem Bereich der bürgerlichen Bürgervereine eine neue Liste gebildet hat, Freiburg lebenswert. Das Programm war bis Redaktionsschluss noch nicht erhältlich, aber in verschiedenen Aussagen von Vertretern von Freiburg lebenswert findet man Überschneidungen mit dem mietenpolitischen Programm der Linken Liste. Ebenso wie bei der Linken Liste wird auch eine stärkere Bürgerbeteiligung gefordert. Da aber noch nichts Programmatisches vorliegt, ist es unklar, wo die Unterschiede zu finden sind. Unangenehm aufgefallen ist Freiburg lebenswert, weil in ersten Aussagen der Eindruck entstand, dass sie den Zuzug nach Freiburg begrenzen will, um Druck auf die Mietpreisbildung zu nehmen, fremdenfeindliche Anklänge wurden wahrgenommen. Die Offiziellen der Liste haben das zwar dementiert, aber ein „G'schmäckle“ blieb.

Die AfD wird nicht zur Kommunalwahl in Freiburg antreten, dafür aber die Liste Junges Freiburg. Die gab es schon bei der letzten Wahl. Sie zogen mit einem Sitz ein und bilden eine Fraktionsgemeinschaft mit den Grünen. 2012 löste sich die Gruppe auf, wurde aber nun wieder reaktiviert.

Die Partei die Linke unterstützt wie bei den letzten Wahlen die Linke Liste und ist u.a. mit einem der Vorstandssprecher von Baden-Württemberg sowie mit den beiden Kreissprechern gut auf der Kandidatenliste vertreten. Schon bei den letzten Wahlen hat sich die Zusammenarbeit als fruchtbar erwiesen, für diese Wahl werden sich die Kräfte noch verstärken.

hav

Kommunalwahlen Bayern (16.3.): Eintragungsfrist abgeschlossen

Nach Abschluss der Eintragungsfrist für die Oberbürgermeister-, Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagswahlen ergeben sich aus den Nachrichten, die der Landesvorstand der Linken zur Verfügung stellt,¹ folgende Eindrücke: Erstens konnte die Linke bzw. Bündnisse unter Einschluss der Linken an den Orten/Kreisen, an denen sie 2008 erfolgreich gewesen war, fast überall neuerlich Listen aufstellen. Zweitens ist eine ganze Reihe von Orten dazugekommen, so Aschaffenburg, Bamberg, Coburg, Erding, Moosburg und Wasserburg. Dies ist ein wichtiger Konsolidierungserfolg linker Kommunalpolitik, der nur durch die Bereitschaft zu Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus möglich gewesen ist. An anderen Orten bzw. Kreisen, so z.B. im Landkreis München Land, hat sich abermals gezeigt, dass die Zulassungshürden aussichtsreiche Kandidaturen ausbremsen, was nicht der Sinn demokratischer Wahlgesetze sein kann. Drittens zeigt sich eine Chance, übergreifende Themen der Regional- und Strukturpolitik in regionaler Zusammenarbeit anzugehen. So schließt das von der Kreismitgliederversammlung München verabschiedete Programm zur Kommunalwahl 2014 mit folgender Ankündigung: „Wir nehmen uns vor, nach einiger Zeit der Praxis – im ersten Halbjahr 2016 – eine kommunalpolitische Tagung durchzuführen, bei der in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden beraten werden kann, welche Aufgaben sich in der Münchner Kommunalpolitik und der damit verbundenen Regional- und Strukturpolitik stellen.“ Soweit Brigitte Wolf in der Münchner Stadtratszeitschrift „MitLinks“.²

Andres als vermutet (s.a. PB Nr. 1/2014, S.21) konnten in München vier neue Listen die hohe Hürde der Unterschriftensammlung überspringen. Von rechts nach links waren das die antisiamische „Freiheit“, die AfD, ein Bündnis von Bürgerinitiativen unter dem Namen HUT und die Piraten. Entscheidend waren in allen Fällen Kurzzentschlossene und Spätmobilisierte in den letzten zehn Tagen der Eintragungsfrist. Da die bisher im Stadtrat vertretenen zehn Gruppierungen ebenfalls alle wieder antreten und keine der Neubewerber als „nicht aussichtsreich“ abgetan werden kann, müssen die Wahlen zeigen, zu wessen Lasten eine Neuverteilung der Stimmen hauptsächlich geht. *Martin Fochler*

1 www.die-linke-bayern.de/wahlen/kommunalwahlen_2014/hier_kann_die_linke_gewaehlt_werden/

2 www.flink-m.de/mitlinks.0.html, MitLinks Nr. 47.

3 www.dielinke-muc.de/fileadmin/kvmuenchen-zwei/Kommunalwahl_2014/Kommunalwahlprogramm-2014.pdf

Kommunale Politik

Der Senat muss den Volksentscheid vollständig umsetzen! HAMBURG. Der Senat hat die Bürgerschaft mit einer Mitteilung (Drs. 20/10666) über den Stand der

Umsetzung des Volksentscheids zum vollständigen Netzzrückkauf informiert. „Der Senat hat zwar unter aktiver Beteiligung der Bürgerschaft den ersten wichtigen Schritt zur Umsetzung des Volksentscheids getan. Ein Blick in die Drucksache lässt allerdings große Skepsis aufkommen, ob der Volksentscheid in seiner Gänze im Sinne des Abstimmungstextes umgesetzt wird“, erklärt dazu Dora Heyenn, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Die von den Hamburgerinnen und Hamburgern gestellte Forderung der öffentlichen demokratischen Kontrolle lässt der Senat in seiner Mitteilung einfach unter den Tisch fallen, sie wird in der ganzen Drucksache nicht ein einziges Mal erwähnt. Auch diesen Teil des Volksentscheids müssen Senat und Bürgerschaft umsetzen!“ Zudem könnte man aus den Formulierungen in der Drucksache die Folgerung ziehen, dass die jetzt intensivierten Beratungen mit E.ON auch zum Rückkauf der Gasnetze mit ihren Service-Gesellschaften führen würden. „Aber die vertraglichen Regelungen zur Fernwärme sind hochproblematisch“, kritisiert Dora Heyenn. „Denn die Rückkaufoption ist keineswegs verbindlich gesichert.“ Die Stadt muss zwar bis zum 1. November 2017 gegenüber Vattenfall erklären, ob sie das Optionsrecht wahrnehmen will, aber wörtlich heißt es in der Senatsdrucksache: „Die Abgabe der Ausübungsankündigung verpflichtet die HGV nicht zur Ausübung der Call-Option Wärme.“ „Und es kommt noch schlimmer: Falls ein GuD-Kraftwerk das alte Heizkraftwerk in Wedel ersetzt, soll dieses am 31. August 2018 in Betrieb gehen“, so die Umweltpolitikerin. „Ein mindestens dreimonatiger Regelbetrieb ist Voraussetzung für den Rückkauf. Aber sollte dieser Termin sich verschieben, verschiebt sich auch automatisch die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes. So geht es nicht!“ www.die-linke-hamburg.de

Linke setzt Armutsbericht durch: KÖLN. In Köln ist die Armut 2012 auf einen Anteil von rund 20,5 % der Einwohner(innen) gestiegen (3. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) und die Anzahl von einkommensarmen Kindern in Köln beträgt 145 000 (WSI-Report von Januar 2014). Daher hat Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln mit einem Antrag zur Ratssitzung am 11.2. erfolgreich daran erinnert, dass Köln einen eigenen Armutsbericht er-

stellen müsse. Sozialdezernentin Reker sagte in öffentlicher Sitzung zu, dass der Stadtvorstand die beantragte Besetzung der Stelle eines Sozialplaners/einer Sozialplanerin in Angriff nehme. Die vom Rat bereits im November 2007 einstimmig beschlossene Erstellung eines regelmäßigen Armutsberichtes stellte sie aber wegen „Eindämmung der Berichtsflut“ in Frage. Fraktions-sprecherin Gisela Stahlhofen: „Endlich nach fast 7 Jahren Kampf kommt die Stelle. Es wird aber auch allerhöchste Zeit für Köln, nicht nur die abstrakten Zahlen darzustellen, sondern auch die Hintergründe und Zusammenhänge zu erarbeiten, um nachhaltige und wirkungsorientierte Handlungsoptionen zu entwickeln. Darum braucht Köln auch den Armutsbericht“. Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln hielt an ihrem Antrag nach einem regelmäßigen Armutsbericht fest und erhielt mit SPD und Grünen die mehrheitliche Zustimmung. „Auch Die Linke Ratsfraktion der nächsten Wahlperiode wird hier am Ball bleiben und auf die Umsetzung der Ratsbeschlüsse bestehen. Denn auch aus dem aktuellen Bericht des Kinderrechts-Komitees der Vereinten Nationen geht schon wieder hervor, dass es in Deutschland zu viele arme und benachteiligte Kinder gibt“, so Stahlhofen weiter. www.linksfraktion-koeln.de

Sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose. Paritätischer Wohlfahrtsverband stellt sich hinter kommunale Spitzenverbände und BA: BERLIN. Als zwingend notwendig bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose. Der Verband stellt sich damit hinter eine gemeinsame Initiative der Bundesagentur für Arbeit und der kommunalen Spitzenverbände, die heute in Berlin vorgestellt wurde. Das Problem der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit habe mittlerweile eine dramatische Größenordnung erreicht, die ein sofortiges Handeln der Politik erforderlich mache. „Arbeitsagentur und Kommunen haben den Finger schonungslos in die Wunde gelegt: Wir haben hunderttausende Langzeitarbeitslose, die nicht ohne weiteres in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sind; für diese Menschen brauchen wir passgenaue Hilfen und diese Hilfen kosten Geld“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Paritätische unterstützt die Forderung nach einem sozialen Arbeitsmarkt für schwer vermittelbare Arbeitslose. Nach Berechnungen des Verbandes seien in einem ersten Schritt rund zwei Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Mitteln für den Ausbau entsprechender Angebote öffentlich geförderter Beschäftigung und die Qualifizierung Langzeitarbeitsloser erforderlich. Die

bisherige Untätigkeit der Politik kritisiert der Verband scharf und weist auf eklatante Lücken auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung hin. Hinter den dort für die Eingliederung Arbeitssuchender erwähnten 1,4 Milliarden Euro stehe nichts anderes als die Umschichtung ohnehin vorhandener Mittel. „Die Bundesregierung darf sich der schonungslosen Analyse der Experten nicht verschließen. Wir wissen um die Größe des Problems und wir kennen die Lösungen; jetzt ist die Politik in der Pflicht, ausreichend Mittel bereitzustellen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um auch Langzeitarbeitslosen endlich wieder eine Perspektive zu geben“, fordert Schneider. www.der-paritaetische.de

Öffentliche Daseinsvorsorge explizit von Handelsabkommen ausschließen:

BERLIN. Der Deutsche Städtetag dringt darauf, die öffentliche Daseinsvorsorge bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU-USA zu schützen und explizit auszuschließen. Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly: „Die Städte wenden sich nicht gegen Handelsabkommen. Wir wollen allerdings einen möglichen Liberalisierungsdruck für öffentliche Dienstleistungen, wie etwa die öffentliche Wasserversorgung, den Nahverkehr, Abwasser und Abfall, Bildung und Kulturförderung verhindern.“ Die Städte begrüßen, dass im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD festgelegt ist, bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auf die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie auf den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge Wert zu legen. „Das klare Bekenntnis des Koalitionsvertrages zur Bedeutung der Daseinsvorsorge und des Subsidiaritätsprinzips ist wichtig, um die Gestaltungshoheit der Kommunen zu erhalten. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck dafür einsetzt, dass die kommunale Daseinsvorsorge vom Anwendungsbeereich des Freihandelsabkommens mit den USA und in weiteren Handelsabkommen explizit ausgeschlossen wird“, forderte der Städtetagspräsident. Der Deutsche Städtetag kritisierte den bisherigen Prozess der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA als in höchstem Maße intransparent. Die Städte forderten die EU-Kommission auf, das Mandat über die Verhandlungen offen zu legen und über den Verhandlungsprozess regelmäßig zu berichten. Bisher werden durch das Verfahren die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die Rechte der Kommunen erheblich vernachlässigt.

<http://www.staedtetag.de>
Zusammenstellung: ulj

IG Metall: Initiative zu Berufskrankheiten

Europaweit sterben jährlich nach wie vor zwischen 5 und 6 000 Menschen an einem Arbeitsunfall. Die Fallzahlen sind jedoch seit langem rückläufig, auch wenn durch die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen in dem einen oder anderen Land, zum Beispiel im Bausektor, in den letzten Jahren auch wieder eine Zunahme der tödlichen Unfälle vermeldet wurde. Vergleicht man allerdings die genannten 5 bis 6 000 Unfalltoten mit den Beschäftigten, die an einer beruflich bedingten Erkrankung sterben, befindet man sich in einer anderen Dimension. In einer Entschließung zur europäischen Gemeinschaftsstrategie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz hatte das Parlament (Entschließung vom 15.12.2011) eine Zahl von ca. 160 000 jährlichen Opfern von Berufskrankheiten genannt.

Selbst bei einer stark verbesserten Prävention am Arbeitsplatz dürfte auf mittlere Sicht die Zahl der von einer Berufskrankheit betroffenen nicht schnell sinken. Die Dynamiken am Arbeitsplatz (neue Technik, neue Stoffe, neue Produkt- und Stoffkombinationen) generieren auch immer neue Belastungen oder Belastungscocktails. Aspekte der Belastungssituation von Morgen sind unter Umständen erst in zehn Jahren oder später epidemiologisch nachweisbar.

Die IG Metall hat nun eine Initiative gestartet, die auf Verbesserungen im Berufskrankheitenrecht zielt. Im Dezember wurde ein Schwarzbuch Berufskrankheiten veröffentlicht.¹

Im Vorwort des Schwarzbuches wird vor allem die Anerkennungspraxis skandalisiert. „Weit mehr als 70 000 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit werden Jahr für Jahr gestellt. Nur etwa jede fünfte Anzeige führt zu einer Anerkennung. Viel zu viele Verfahren scheitern daran, dass der rechtlich erforderliche Nachweis nicht zweifelsfrei erbracht werden kann mit der Folge, dass die Ansprüche der Betroffenen

nicht erfüllt werden. Ein Skandal, wenn man sich die gravierenden Konsequenzen für die Kolleginnen und Kollegen vor Augen hält! ...

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anerkennung einer Berufskrankheit müssen reformiert werden. Sie sind zu hoch und können im Grunde willkürlich zu Lasten der Erkrankten ausgelegt werden. ... Nach gegenwärtigem Recht führt jeder Zweifel daran, ob alle geforderten Voraussetzungen vorliegen dazu, dass die Anerkennung einer Berufskrankheit scheitert. Letztlich brauchen wir daher eine Umkehr der Beweislast.“²

Parallel zur Buchveröffentlichung sind Materialien für die betriebliche und ein Thesenpapier für die innerorganisatorische Diskussion veröffentlicht worden. Sowohl das Schwarzbuch als auch das Thesenpapier verengen die Diskussion allerdings nicht auf die Beweislastumkehr, sondern beschäftigen sich mit den diversen für die Anerkennung oder Ablehnung eines Antrages relevanten Aspekten im Berufskrankheitenverfahren. Das Buch gliedert sich in zwölf Kapitel, die meist anhand einer spezifischen Berufskrankheit diese Aspekte diskutieren. Dabei wird die teils willkürliche Grenzziehung bei Anerkennungsvoraussetzungen ebenso behandelt wie die Rolle der Gutachter, die Anwendung standardisierter Dosis-Wirkungsmodelle, fehlende Schlussfolgerungen für die betriebliche Präventionspraxis oder die Leerstellen in der aktuellen Liste der Berufskrankheiten.

Ziel der Initiative ist, die diversen Forderungen für eine verbesserte Anerkennungspraxis nicht nur in den Betrieben zu diskutieren, sondern sie in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs einzuspeisen und sie dort voranzutreiben. Vor allem sind aber die Selbstverwaltungsstrukturen in den Berufsgenossenschaften im Fokus der Initiative.

Rolf Gehring

1) „Berufskrankheiten – Das Schwarzbuch der IG Metall“. Die Broschüre ist für 3 Euro unter der Produktnummer 27286-45093 abzurufen. 2) Beweislast bedeutet hier, dass der betroffene Beschäftigte die sogenannte doppelte Kausalität nachweisen muss. Erstens, dass die Krankheit ein anerkannte Berufskrankheit ist, und zweitens, dass sie durch seine konkrete berufliche Tätigkeit bedingt ist.

Dokumentiert: Psycho-Stress: DGB fordert klare Regeln für bessere Arbeitsbedingungen. Milliardenkosten durch psychische Belastungen am Arbeitsplatz- Psychische Erkrankungen sind inzwischen eine häufige Ursache für den erzwungenen Ausstieg aus dem Job. Der DGB fordert deshalb von der Bundesregierung, gesetzlich gegen zunehmenden Stress am Arbeitsplatz vorzugehen. „Wir brauchen eine Anti-Stress-Politik, damit Arbeit nicht länger krank macht“, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Arbeitsstress verursacht jährliche Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Nur bei neun Prozent der Beschäftigten berücksichtigt der Arbeitsplatz-Check solche psychischen Belastungen. „Das Thema Psychostress am Arbeitsplatz muss ganz oben auf der politischen Agenda bleiben, weil der Arbeitsplatz Stressfaktor Nummer eins ist und Arbeitsstress Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, die Ansätze der letzten Jahre auszuweiten und klare Regeln für bessere Arbeitsbedingungen zu setzen. Wir brauchen eine Anti-Stress-Politik, damit Arbeit nicht länger krank macht.“ ... Der volle Wortlaut unter: www.dgb.de

Schweizer Votum: Deutsche Wirtschaft fürchtet Folgen für Europawahlkampf. FAZ, Die., 11.2.14.

Wirtschafts-
presse

„Das Votum darf jetzt im Europawahlkampf nicht antieuropäischen Kräften Aufschwung geben“ sagte Hauptgeschäftsführer des BDI, M. Kerber. Der Präsident des DIHT, E. Schweitzer, sprach von einem falschen Signal: „Fachkräfte aus dem Ausland können diese Entscheidung so auffassen, als seien sie in der Schweiz nicht willkommen.“ Die Schweiz profitiere vom EU-Binnenmarkt. „Mit einer solchen einseitigen Einschränkung der Zuwanderung würden aber auch andere bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, die den Binnenhandel erleichtern, in Frage gestellt werden. Mit der geplanten Einführung von Zuwandererkontingenten entstehe für Unternehmen in der Schweiz, die ihren Bedarf an qualifizierten Fachkräften vor Ort nicht decken können, „die Gefahr eines Verteilungskampfes, der zu einem unternehmerischen Risiko werden kann“, warnte die BDA. Der Präsident der Familienunternehmer, L. Goebel, sagte: „Die EU sollte nicht voreilig mit Drohungen antworten. Keinem ist mit Sanktionen gegen die Schweiz geholfen.“

BDA ist enttäuscht von der Rentenpolitik. FAZ, Fr., 14.2.14. Die Arbeitgeber ... sehen das Versprechen der Bundesregierung, die Steuern nicht zu erhöhen, durch die Entwicklung der Sozialbeiträge zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durchkreuzt. „Der beschlossene Verzicht auf Steuererhöhungen wird durch die geplanten Beitragsmehrbelastungen in Höhe von 1,1 Prozentpunkten ... deutlich entwertet“, kritisierte die BDA in einer Stellungnahme zum Rentenbeitragsgesetz. Das Gesetz sieht vor, auf die bisher gesetzlich gebotene Beitragssatzsenkung von 18,9 auf 18,3 % zu verzichten, um ... die Rente mit 63 und höhere Mütterrenten finanzieren zu können. Zu der vorenthaltenen Entlastung der Beitragszahler rechnen die Arbeitgeber noch die anstehende Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Punkte hinzu.

Wegen höherer EEG-Umlage kündigen Verkehrsunternehmen Preiserhöhungen an. Die Bahnticketpreise sollen durch die Energiereform deutlich stärker steigen als in den Vorjahren, so der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Grund dafür sei die Erhöhung der Erneuerbaren-Energie(EEG)-Umlage. Bei der angekündigten Verdreifachung der Umlage kämen zu den jährlich üblichen Bahn-Fahrpreiserhöhungen von 2 bis 3 % dann noch 3 % hinzu ... Der Vorsitzende der Baghngewerkschaft EGV, A. Kirchner, forderte eine vollständige Entlastung der Schiene von der EEG-Umlage. *Zusammenstellung: rst*

FDP pur – was ist drin nach dem Europaparteitag in Bonn?

Wenige Zehntelprozentpunkte fehlten am Abend der Bundestagswahl am dramatischen Sieg der „bürgerlichen“ schwarzgelben Koalition. Vom kompletten politischen Establishment des Landes unerwartet fand sich die FDP, ewige Funktionspartei der Bundesrepublik, aus der parlamentarischen Arena vertrieben wieder auf der Straße, einem fürs Personal der Liberalen gewiss völlig fremden Terrain. Sie hatten dann rasch die Granden, junge wie alte, geschasst und sogenannte Hoffnungsträger, junge wie alte, an die Spitze gestellt.

Nun also der zweite Schritt des Neubeginns, die Aufstellung zur Europawahl. Neues war in der politischen Hauptsache, der Europapolitik, in strategischer Absicht nicht vorgesehen. Genau dies sollte gelten: Personell neu aufgestellt, im Kern aber nicht verändert oder gar radikalisiert. Nun, frei von koalitionsrücksichten, konnte man sein, wie man eigentlich immer war und heute noch ist: liberal, liberal pur!

Lassen wir einmal die üblichen Phrasen von Bürgernähe, Subsidiarität, Marktwirtschaft und Bürgerrechten beiseite, so tritt der alte Grundsatz hervor: Sowenig Staat wie möglich, soviel wie nötig. Das spielen die Liberalen nun zwischen Brüssel und Berlin, wie es gerade passt. Bestimmte Probleme, von ihnen als die „großen Fragen“ deklariert, Datenschutz, Energie etwa, sollen europäisch gelöst werden, anderes national. Aber wer bestimmt, welche Probleme „groß“ sind? Armut, Sozialversicherungen, Arbeitsbedingungen, Jugendarbeitslosigkeit gehören erst einmal nicht dazu. Das ist immer noch der verkommenen Wirtschaftsliberalismus, wie wir ihn seit Jahrzehnten kennen. Pur ist der auch nicht besser als mit Weihwasser.

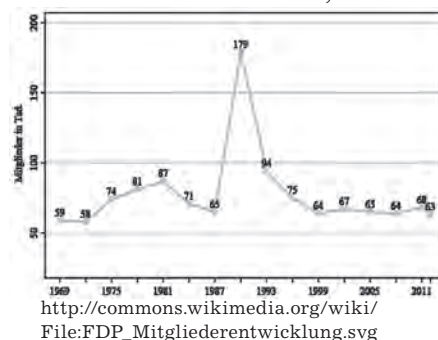
Parteilpolitisch stehen sie gegen alle, viel Feind, viel Ehr. Die Angriffe erfolgen in der Europapolitik wie auf nationaler Politikebene. Hauptgegner sei die GroKo, die käme nach der Trennung von der FDP vom rechten Wege der Konsolidierungs- und Stabilitätspolitik ab. Mit dieser aber sei Deutschland zum Leuchtturm in Europa der Krise geworden. „Gefälligkeitspolitik“ zulasten der Steuerzahler und der künftigen Generationen sei das, was heute herrsche. Man lastet es der Kanzlerin an. Schließlich sind ja zuletzt viele Wähler von der FDP zur Union gewechselt. Die will Lindner zurück. Die Gefälligkeiten für die Wirtschaft werden nicht skandalisiert. Wen wundert's.

Dem Gespenst der AfD begegnet man nun etwas subtiler, nicht ungeschickt. Man sei, anders als diese, klar proeuropäisch. Generell richte man sich an jene Generation, für die Europa schon immer war und nicht wegzudenken ist. Nicht aus der Geschichte, mit Schulterblick gewissermaßen, sondern von der Zukunft her, den sich auftuenden Chancen, begründet sich Europa heute und es legitimiert sich auch so. Andererseits aber habe die Europafreundlichkeit auch ihre Grenzen. Man wolle den ESM zurück fahren, Staaten sollten freiwillig gehen können, auch in die Insolvenz. Man geißelt die rasende Regulierungswut Brüssels, warnt vor einer europäischen Superbehörde, einem Superstaat. Deutschland dürfe nicht für die Sünden der andern zahlen. Schon gar sei davor zu warnen, dass das Europäische Parlament über die Retzungspolitik mitbestimmen könne, die Nehmerländer in der Mehrheit – soweit ginge die Demokratie ja nun auch nicht. Wären ja auch keine „großen Probleme“, die da zur Entscheidung stünden.

Ja, so werden unter dem Deckmantel proeuropäischer Überzeugungen aber auch alle Ressentiments und Ängste der Deutschen bedient. Die FDP bietet sich, ebenso wie die AfD, aber vermeintlich proeuropäisch, als Projektionsfläche dafür, angesichts einer tief skeptischen Bevölkerungsmehrheit, an. Das ist das Geheimnis des Europaparteitages. Das ist tatsächlich Populismus, jene politische Haltung, die es weder ernst noch ehrlich meint mit den Sorgen und Nöten der Menschen, deren Sprache sie aufgreift.

Diese „neue“ FDP ist so verkommen wie die alte, mit ihrem neuen Populismus ist sie keinen Deut besser als die AfD, beide werden die Menschen, die glauben wollen, enttäuschen. Das ist gefährlich für die Demokratie in Deutschland und schädlich für Europa. Die FDP, wenn auch nur außerparlamentarische Kraft, sollte von der Linken darum entschieden bekämpft werden.

Dr. Harald Pätzolt, 22.1.2014



USA, EU, zukünftige Transatlantische Freihandelszone

Welche Übereinstimmungen in der Migrationspolitik sind feststellbar? Wie entwickelt sich die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung damit?

Im Rahmen der Halbjahresveranstaltung unserer ArGe Konkrete Demokratie, soziale Befreiung/Niedersachsen am 1. Dezember 2013 in Hannover haben wir uns (in Anknüpfung an die Frühjahrveranstaltung) hinsichtlich der beiden Kontinentalunionen EU und USA den im Titel genannten Fragestellungen gewidmet. Mittlerweile kann der überarbeitete Bericht zu unserm Austausch über dieses Thema den Gesichtswinkel der zukünftigen Transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) mit einbeziehen. Und in diesem erweiterten Kontext kann der zusätzlichen Fragestellung nachgegangen werden, ob sich (beiderseits) in den jeweiligen Zivilgesellschaften solche Übereinstimmungen in der Befassung mit diesem Thema feststellen lassen, die die Grundlage für eine gemeinsame Positionierung gegenüber der herrschenden Migrationspolitik abgeben könnten – innerhalb jener geplanten TAFTA.

1 Die einseitigen Handelsbeziehungen sowohl der USA mit Lateinamerika wie auch der EU mit Afrika implizieren den Ruin der dortigen Lebensgrundlagen – und somit den Zwang zur Migration.

David Bacon hat aus Anlass des neuerlichen Massensterbens von Migranten aus (Nord-)Afrika bei dem gescheiterten Versuch, per Boot über das Mittelmeer die italienische Insel Lampedusa zu erreichen, einen Beitrag für die US-Zeitung „Boston Review“ (Titel: „Europe’s Deadly Border“ [Europas tödliche Grenze]; 25.11.2013) verfasst. Darin betont Bacon die „transatlantische“ Übereinstimmung sowohl im staatlichen Handeln gegenüber Migranten wie auch hinsichtlich der existentiellen Gründe, die diese Menschen

trotz aller lebensgefährlichen Hemmnisse zur Migration nötigen:

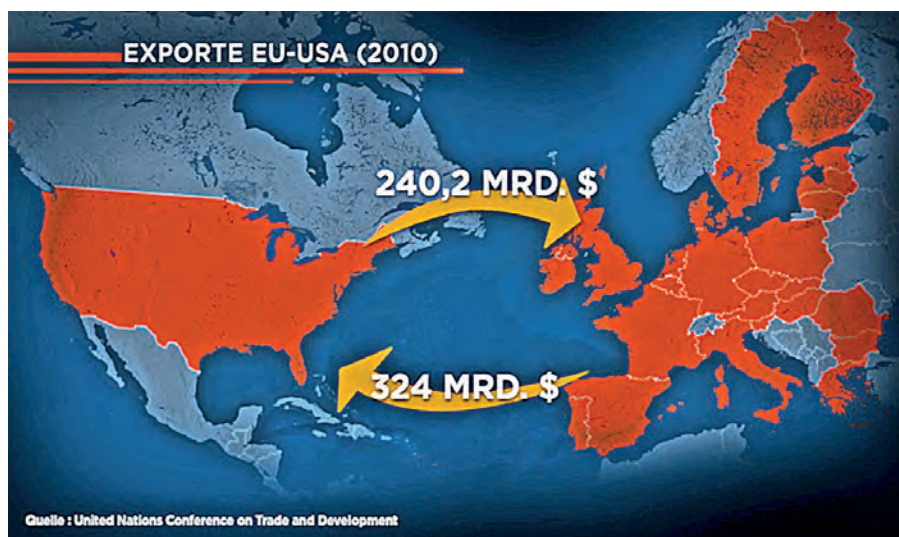
„(Vorweg wird hier der Befund eines italienischen Beobachters wie folgt zitiert: /H.H.) ‚Die Position der Lega Nord [der dominierenden Partei innerhalb der vormaligen Berlusconi-Regierung] war es, die irreguläre Migration zur Straftat zu erklären und die Genehmigungen für legale Migration drastisch zu kürzen. Aber falls es der Zweck dieser Kriminalisierung von Menschen war, die Migration zu stoppen – so ist das fehlgeschlagen. Es führte zu keiner Abschreckung. Die Menschen kommen nach wie vor‘. Es ist wert, hier anzumerken, dass die Deportation von 400 000 Menschen pro Jahr seitens der Vereinigten Staaten ebenfalls nicht zur Abschreckung der Migration geführt hat. Von 1994 – als der Nordamerikanische Freihandelspakt in Kraft trat – bis 2008 wuchs die Zahl der in den Vereinigten Staaten lebenden Mexikaner von 4,6 auf 12,6 Millionen. Drastische Erschwerung der Immigration hielt junge Menschen nicht auf, die nicht mehr imstande waren, in Mexiko wegen der Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels und der [einseitigen/H.H.] Handelsvereinbarungen zu überleben; und noch weniger hält es junge Menschen auf, die vor Bürgerkrieg und Arbeitslosigkeit aus Eritrea fliehen“ (a.o., eigene Übersetzung).

1.1. USA – Lateinamerika. In seiner (inzwischen auch bei der Rosa Luxemburg Stiftung veröffentlichten) Studie „Displaced, Unequal and Criminalized“ [Entwurzelt, ungleich (behandelt) und kriminalisiert] veranschaulicht David Bacon am Beispiel der einseitigen US-Handelsbeziehungen zu Mexiko, die schrittweise Vernichtung

der Lebensgrundlagen jener überwiegenen dortigen Landbevölkerung. Im Zuge der Umsetzung des Freihandelsabkommens NAFTA sei die inländische Produktion von Mais und Schweinefleisch aufgrund der konkurrierenden US-Billigimporte wirtschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen. Er zitiert einen Betroffenen wie folgt: „Wir kommen deswegen in die Vereinigten Staaten um dort zu arbeiten, weil wir zu Hause keinen realisierbaren Preis auf unser Produkt erzielen können. Dazu gibt es keine Alternative“.¹ Wichtig ist hier, dass vor dem o.a. Freihandelsabkommen zum einen die einheimische Agrarproduktion – die eine vollständige diesbezügliche Selbstversorgung sicherstellte – durch staatlich garantierte Aufkaufpreise geschützt war. Und dass zum anderen dieser Schutz als Auflage des Abkommens liquidiert werden musste – während die US-seitige Subventionierung der dortigen Agrarproduktion aufrecht erhalten werden konnte und dieser vermittels der dadurch möglichen Dumpingpreise die Hoheit über die mexikanische Inlandsversorgung verschaffte.²

1.2. EU – Afrika. Eine Studie aus dem Jahr 2007 verdeutlichte schon damals dieselben soeben erörterten Mechanismen und Wirkungszusammenhänge auch innerhalb der Freihandelsbeziehungen zwischen der EU und den beteiligten afrikanischen Staaten – und veranschaulicht auf diese Weise die Zwänge, die zur Migration in Richtung Europa geführt haben bzw. immer noch führen:

„Bereits jetzt werden zahlreiche afrikanische Kleinbauernfamilien durch europäische Billigimporte von ihren lokalen Märkten verdrängt. Die Folgen sind Armut und Hunger. Neue ‚Wirtschaftspartnerschaftsabkommen‘ (EPAs) mit der Europäischen Union drohen, das Problem zu verschärfen. [...] Jeder dritte Afrikaner südlich der Sahara ist chronisch unterernährt. Verantwortlich sind nicht nur Kriege und Naturkatastrophen wie etwa die Fluten im vergangenen Herbst. Ebenfalls strukturell verheerend sind Fluten ganz anderer Art: Billige Geflügelteile, Tomatenpaste zu Schleuderpreisen und herunter subventionierte Milchprodukte aus der EU sowie Reis aus den USA und Asien überschwemmen die lokalen Märkte und berauben Kleinbauernfamilien ihrer wichtigsten Einkommensquelle. Für die Betroffenen bedeutet das häufig eine gravierende Verletzung ihres Menschenrechts auf



Nahrung, denn Alternativen gibt es kaum: Über drei Viertel der afrikanischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, Arbeitsplätze fehlen ebenso wie vernünftige Sozialsysteme. Armutsbekämpfung würde bedeuten, die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen und zugleich die Märkte vor Billigimporten zu schützen. Doch leider geschieht genau das Gegenteil“ (3).

Auch hier kam dieselbe einseitige Handelspolitik zum Tragen, wie sie David Bacon in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und Mexiko aufgezeigt hat. Die afrikanischen Staaten mussten bzw. müssen ihre Schutzmassnahmen für die heimische Agrarproduktion abbauen bzw. beseitigen: „[Für] ... mindestens 80 Prozent der europäischen Importe müssen die AKP-Staaten in den nächsten Jahren ihre Zölle auf Null senken“.⁴ Umgekehrt konnte die EU-Seite ihre Subventionierung der EU-Agrarproduktion weitgehend aufrecht erhalten und ermöglichte darüber entsprechende Dumpingpreise für ihre Exporte in jene afrikanischen Staaten.

2. Die Einwanderungsgesellschaften der USA und der EU sind bislang geprägt durch eine Staatspolitik der militarisierten Abschiebung nach Außen und der kriminalisierenden Ausgrenzung nach Innen.

Was hier desweiteren für beide Kontinentalunionen der zukünftigen Transatlantischen Freihandelszone gleichermaßen festgestellt werden kann, ist das Zusammenspiel von wirtschaftlicher und sozialer Entwurzelung (im Herkunftsland) einerseits und staatlicher Kriminalisierung der betroffenen Landbevölkerung (im Einwanderungsland) andererseits im Kontext jener einseitigen Handelsbeziehungen. Hierüber wird nicht nur jegliche eigene Verantwortung für die Verursachung der Migrationsbewegungen geleugnet, sondern es wird hierüber auch die Opferseite als Täterseite aufbereitet. In diesem Zusammenhang sticht die Ökonomisierung der „Umwandlung“ von Migranten in Kriminelle – sowohl in den USA wie auch in der EU – sofort hervor. Auf diese „Umwandlung“ haben sich besondere Branchen spezialisiert – in den USA eine Migrantenjagd- und Migranteninhaftierungs-Branche⁵ und in der EU eine militärtechnologische Branche, die sich auf Migrantenjagd-Systeme⁶ spezialisiert hat. Diese Branchen machen ihr Geschäftsinteresse der innenpolitischen Wachhaltung des Themas Migrantenabwehr bzw. Migrantenangriff gegenüber der jeweiligen Regierungspolitik hüben wie drüben durch machtvoll Lobbyarbeit geltend. Auf diese Weise sind sie mittlerweile in beiden Kontinentalunionen Teil der Militarisierung der jeweiligen Zivilgesellschaften.

3. USA und EU, Ideologie der „nationalen Identität“: „Überfremdung“ als Bedrohungskulisse und Wille zur Entfremdung

Patrick Buchanan, ein rechtskonservativer Vordenker und Politiker der Republikanischen Partei in den USA, hat sich verschiedentlich mit der zunehmenden „Überfremdung“ der ursprünglich hauptseitig durch europäische Einwanderer geprägten USA befasst. Die nationale Identität der Vereinigten Staaten sei – so Buchanan – gefährdet durch die Zerteilung der US-Gesellschaft in eine englischsprachige bzw. europäischstämmige Bevölkerungshälfte einerseits und in eine spanischsprachige Bevölkerungshälfte andererseits, die herkommt aus Mittel- und Südamerika.⁷ Es ist von daher wenig verwunderlich, dass Buchanan – der sich selbst als ein „Ritter des Malterresordens“ (de.wikipedia.org/wiki/Pat_Buchanan) begreift – Verständnis zeigt für die Aussagen im sogen. Manifest des Attentäters von Oslo:

„Europa sieht sich heute mit einer Krise der Authentizität und einer historischen Krise konfrontiert. Mit ihren einheimischen – älter werdenden, schrumpfenden und sterbenden – Bevölkerungen haben die Nationen Europas keinen Weg gefunden, ihre Prosperität ohne Immigranten aufrecht zu erhalten. Doch die Immigranten, die aus der Karibik, aus Afrika, dem Mittleren Osten und Südasiens gekommen sind, haben nur allmählich die [jeweilige Landes-/H.H.] Sprache erlernt und sind hinsichtlich der Erlangung des Bildungsniveaus und des beruflichen Niveaus der Europäer gescheitert. Und die Wohlfahrtsstaaten Europas brechen [inzwischen/H.H.] zusammen unter der [daraus entstehenden/H.H.] Last. Auch Norwegen muss aufwachen. Vom ersten Hilferuf an benötigte die Polizei 90 Minuten für das Hinausgelangen zur Insel in der Oslo-Bucht, um [dort/H.H.] das vom feigen [Attentäter /H.H.] verübte Massaker zu stoppen. Dieser ergab sich, sobald die mit Gewehren bewaffneten Männer dort eintrafen. Offenkundig wollte Breivik überleben, um solchermaßen seine Verkündung des Kriegs um Europa persönlich zu übermitteln. [...] Unter dem Gesichtswinkel des auf seinen Höhepunkt hinstrebenden Konflikts zwischen einem einst christlichen Westen und einer islamischen Welt, welche zahlreich wächst und unaufhaltsam in Europa eindringt – zum dritten Mal in 14 Jahrhunderten, d. h. unter diesem Gesichtswinkel könnte Breivik recht haben.“⁸

Während Buchanan Bedacht darauf nimmt, sich nicht in die Nähe einer Billigung jenes Massakers in Oslo zu bringen – macht sein ansonstiges stetes (öffentliches) Dringen auf Deportation von „illegalen“ Migranten doch eine Rigorosität deutlich, die auf ein unterschwelliges

Verständnis für diese Sorte von „Lösung der Migrantenfrage“ schließen lässt. Die zivilgesellschaftliche Frage, die sich hier somit dringend stellt, ist die: Welche realen Faktoren könnten dieser von Buchanan geltend gemachten Bedrohungskulisse (der „nationalen Identität“) zugrunde liegen – in den USA ebenso wie in der EU?

4. Zur zivilgesellschaftlichen Debatte in den USA und in der EU um die notwendige Neubestimmung der Migrationspolitik.

Im Folgenden soll abschließend angeknüpft werden am Austausch US-amerikanischer und europäischer Fachwissenschaftler zum Thema Migration und Integration – hier beispielhaft an einem Beitrag des aus Bolivien stammenden US-Politologen Diego A. von Vacano, den er auf einem gemeinsamen Symposium im Oktober 2006 im Saarland (durchgeführt von der Asko Europa Stiftung zusammen mit der Texas A&M University) vorgetragen hat. Wie die Einleitung zum dazu 2008 erschienenen Sammelband feststellt, „werden [darin/H.H.] einzelne Facetten der hier ... [in Rede stehenden/H.H.] Thematik aufgegriffen und in transatlantischer Perspektive diskutiert“.⁹ Diese Anknüpfung soll in den Kontext jener Ausführungen von David Bacon gestellt werden, welche für diese Thematik die (nach seiner Meinung) einzig korrekte Verwendung des Begriffs „Migrant“ – und zwar im Sinne des „Wanderarbeiters“ – fordern. Bacon zufolge muss die Anerkennung des unfreiwilligen Charakters der Migration nicht nur gleichzeitig die Zuerkennung des Rechts auf freiwillige Rückkehr mit einschließen. Sondern letztendlich muss, ihm zufolge, ein allgemeines Recht auf Verbleib im eigenen Land etabliert werden – sichergestellt durch die Herstellung von Lebensgrundlagen, die jegliche Migration zu einem freiwilligen Entschluss machen.

Unter diesem Gesichtswinkel ist der oben angesprochene Beitrag von Diego A. von Vacano („Immigrantenidentität und politische Theorie“) von ganz besonderem Interesse – auch wenn er durchgängig den Begriff „Immigrant“ verwendet. Insofern soll er hier abschließend bewusst ausführlich wiedergegeben werden:

„Die Integration von Neuzuwanderern ist ein wichtiges Anliegen moderner Industriestaaten. Manche Wissenschaftler wie Samuel Huntington legen dar, dass die nationale Identität des Aufnahmelandes durch den Zustrom bestimmter Einwanderer nachteilig beeinflusst werden kann. In diesem Beitrag plädiere ich für ein Modell der Immigrantenidentität in der politischen Theorie, um diese wichtige Problematik anzugehen. Ich lege dar, dass eine allgemeine Theorie der Immigrantenidenti-

tät zu einer Erklärung beitragen kann, warum Integration und Assimilation in der Tat problematisch sein können. Dieses Modell beruht auf Identitäts- und Kosmopolitismus-Konzepten. [...]

Drei Hauptfaktoren kommen hier zum Tragen: erstens ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Staat, zweitens ein sozialer Status, der durch die ‚Funktion‘ der Immigranten als Arbeitskräfte gering ist, und drittens eine kulturelle Affirmation als Ergebnis und Reaktion auf ethnische Unterschiede. [Dieses] ... Modell [integriert] ... Elemente der deutschen post-hegelschen Philosophie ... (unter Rückgriff auf Hegel, Marx und Nietzsche) ... [.] Dieses Modell der Immigrantidentität stützt daher Huntingtons Behauptung, dass Immigranten potentiell tiefgreifende Krisen der nationalen Identität auslösen können. Es zeigt jedoch auch, dass derartige Veränderungen nicht unbedingt nachteilig, sondern wertvoll für eine neue, mit frischem Leben erfüllte Form der nationalen Identität sein können. [...]

Huntingtons neues Werk ... enthält eine provokative These, die auch viele Durchschnittsamerikaner teilen: Der nationale Charakter der USA (oder, wie er es formuliert, ihre Identität) beruht auf den ‚weißen‘, europäischen und protestantischen Wurzeln der Gründerväter. Neuzuwanderer, insbesondere lateinamerikanischer (und hier wiederum mexikanischer) Herkunft, stellen für diesen Charakter eine Bedrohung dar, weil ihre Werte, Traditionen und Vergangenheit von diesen Wurzeln grundverschieden sind. ‚Wenn weiterhin viele Mexikaner und Menschen lateinamerikanischer Herkunft einwandern ... könnte sich Amerika letztendlich in ein Land mit zwei Sprachen, zwei Kulturen und zwei Völkern verwandeln‘ (Huntington 2004, 256). Amerika wird nicht mehr Amerika sein, sobald die Lebensweise der Neuzuwanderer in den Städten der USA vorherrschen wird. [...]

Immigranten befinden sich in einem Zwischenzustand zwischen der Staatsbürgerschaft des Aufnahme- und des Herkunftslands. Außerdem sind sie Mittler zwischen den Kulturen beider Länder. [...] Die Entscheidung, aus seinem Heimatland auszuwandern, ist nicht einfach. [...] Generell bleiben die Menschen lieber in ihrem Geburtsland, zum Teil aufgrund familiärer Bindungen, zum Teil aufgrund ihrer Vertrautheit mit der heimatlichen Umgebung. [...]

An diesem Punkt kann die Anwendung der post-hegelschen philosophischen Tradition auf den Begriff ‚strukturelle Einschränkungen‘ in drei Punkten hilfreich sein. Der erste ist die Betonung des Staates als Kern der Hegelschen politischen Philosophie. Dies zeigt auf, wie sehr die Identität von Immigranten eine politische Identität ist,

anders gesagt: wie sehr sie im Grunde das Ergebnis von Machtbeziehungen und dem Handeln des Staates ist. [...] Der zweite Punkt hat damit zu tun, dass die meisten Immigranten aus armen Ländern... in weiter entwickelte Länder einreisen, um, dort im Industrie- oder Niedriglohnsektor zu arbeiten. Dieser Punkt verweist auf die Anwendbarkeit der Marxschen Lehre, nämlich die Betonung der Arbeitsteilung und die untergeordnete Rolle der Arbeiter in einer kapitalistischen Wirtschaft. Der dritte, linkshegelianische Punkt umfasst die kulturelle Dimension: Als Ergebnis der strukturellen Einschränkungen durch den Staat und den Markt, denen die Handlungen der Einwanderer unterliegen, gehören die Affirmation der eigenen Kultur und ein ethnisch-rassistisches Bewusstsein zu einem Bereich, in dem eine reaktive Form der Selbsterschaffung von Immigranten auftritt. In diesem Zusammenhang ist Nietzsches dialektisch-agnostische Interpretation der Entwicklung von Moral und der reaktiven Identitätsbildung interessant.

Was die Beziehungen zwischen dem Staat und der Anpassung von Immigranten betrifft, so ist eine Erkenntnis der Soziologie, dass die Art und Weise, wie der Staat Einwanderer aufnimmt, ihre Identität maßgeblich mitbestimmt. Je nachdem, wie sie aufgenommen wurden, definieren verschiedene Immigrantengruppen ihre Identität im neuen Gemeinwesen unterschiedlich. [...] Für Hegel ist der Staat die primäre moralische Institution für das gesellschaftliche Leben, da er die Interaktionen der Menschen reguliert und gleichzeitig egoistische Tendenzen seiner Bürger kontrolliert. Dieses nicht-liberale Staatsmodell ist nützlich, um strukturelle Einschränkungen in Hinsicht auf die Identitätsbildung von Immigranten zu verstehen. [...] [Die] ... Immigrantidentität [ist] nicht durch freie Willensäußerung, sondern größtenteils durch Reaktion auf externe politische Einschränkungen charakterisiert.

[...] Die meisten Immigranten stammen aus dem Süden der Welt und kommen in neue Gesellschaften, die im Norden (in Europa oder in den ‚westlichen Ländern‘) der Welt liegen. Aufgrund dieser Tatsache fühlt sich der Neuzuwanderer allein schon vom Äußeren her (durch Körperbau oder Hautfarbe ...) als Fremdling oder Ausländer. Wenn es zusätzlich noch zu rassistisch begründeten Diskriminierungsprozessen kommt, neigt der Neuzuwanderer dazu, sich selbst durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Menschen, die ihm vordergründig gleichen, zu definieren. [...]

Eine weitere Dimension verkompliziert die Materie bei diesem Thema. Die ästhetische Erfahrung, sich selbst als ‚anders‘ in Abgrenzung zu einem

dominanten, am Durchschnittsbürger orientierten Ich zu betrachten, endet nicht mit der Erfahrung des Fremdseins. [...] Es entsteht eine Spannung zwischen dem Prozess, in dem ein Einwanderer seine Identität gemäß der o. g. Phänomene abgrenzt, und dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung, das er vermutlich gegenüber seinem neuen Heimatland entwickelt. Eine Art Resentiment (Verbitterung, Groll) entwickelt sich aus der Tatsache, dass der Einwanderer – offen gesagt – alles in allem wahrscheinlich lieber in seiner Heimat geblieben wäre. [...] Dies ruft Widerstand gegen die Integration hervor und drückt sich manchmal in einer energischen Behauptung der ethnischen Identität aus. Hier kann es zum Konflikt mit der Pflicht kommen, sich in das neue Gemeinwesen einzufügen, insbesondere wenn das neue Gemeinwesen (explizit oder implizit) kulturelle Anpassung und staatsbürgerliche Integration fordert. [...]

Huntingtons These liegt mehr zugrunde als schrille Fremdenfeindlichkeit. Man muss über die Problematik der Immigrantidentität diskutieren. [...] Im Allgemeinen handelt der Neuzuwanderer gegenüber einheimischen Bürgern im Aufnahmestaat im Kontext erzwungener Notwendigkeit. Die Selbsterschaffung des Immigranten ist zwar an individuelle Pläne und an eine Welt gebunden, die von kosmopolitischen Entwicklungstendenzen geprägt ist. Politische und wirtschaftliche strukturelle Zwänge verhindern jedoch, dass eine philosophische Grundlage auf freiheitlicher Basis zum Tragen kommt. [...]

Eine gewisse Besorgnis angesichts der Dualität der Immigrantenerfahrung ist gewiss begründet: Einerseits streben Einwanderer danach, sich in das Leben der Aufnahmegesellschaften einzubringen, andererseits sträuben sie sich aus strukturellen, kulturellen und moralischen Gründen dagegen. Dieses Spannungsfeld sollte diejenigen nachdenklich stimmen, die Huntingtons These einer Krise der nationalen Identität, die durch Neuzuwanderer hervorgerufen wird, verwerfen. [Es] ... wurde aufgezeigt, inwiefern [die Immigrantidentität] ... Widersprüchen ausgesetzt sein kann, die den Widerstand gegen kulturelle und allgemeine Anpassung, Integration und insbesondere Assimilation fördern können.

Wenn Huntingtons Befürchtungen offenbar begründet sind, stellt sich die Frage, ob sich eine mögliche Kluft in der gesellschaftlichen Struktur des Staates insgesamt schädlich auswirkt. Wenn man eine Metapher Schumpeters entlehnt, so können Neuzuwanderer tatsächlich so etwas wie eine kreative Zerstörung in die Aufnahmegesellschaft tragen. Die meisten Ängste in Bezug auf Anpassungsverweigerung von Neuzuwanderern scheinen eher kulturell als

politisch oder wirtschaftliche begründet zu sein. [...] Das Widerstreben, die spanische Sprache aufzugeben ... oder das Aufkommen lateinamerikanisch geprägter Radio- und Fernsehsender im ganzen Land scheinen eine gewisse kulturelle Umgestaltung und eine Abkehr von der etablierten, angelsächsisch geprägten Kultur zu signalisieren.

Ist das zwangsläufig eine moralisches Vergehen? Appiah merkt zu Recht an, dass die Vorstellung einer starren, zeitlosen, undurchlässigen Kultur ein Mythos ist. Sämtliche Kulturen entwickeln sich weiter, übernehmen Elemente anderer und machen in einer bestimmten Zeit eine langsame Wandlung durch. Die Annahme, dass Kulturen unveränderlich und klar abgegrenzt sind, ist ein Fehler, den Huntington bereits früher begangen hat.¹¹

Hunno Hochberger

Quellen:

- 1 David Bacon: „Displaced, Unequal and Criminalized – Fighting for the Rights of Migrants in the United States“; Rosa Luxemburg Stiftung Papers, o. Jahresangabe, S. 5, eigene Übersetzung
- 2 derselbe; S. 7f.
- 3 „Freihandel zwischen ungleichen Partnern“ in: GermanWatch u. FIAN/01.2008, Projekt „Afrikas Kleinbauern im Mittelpunkt“; S. 1
- 4 siehe Anm. 3
- 5 siehe u. a. dazu „Criminal: How Lockup Quotas and „Low-Crime Taxes“ Guarantee Profits for Private Prisons Corporations“; A Publication of In the Public Interest, Washington/USA – September 2013
- 6 siehe u. a. dazu: „NeoConOpticon. The EU Industrial-Security Complex“; publiziert von Trans National Institute(TNI) in association with statewatch; o. Jahresangabe (vermutlich 2009)
- 7 in Pat Buchanan. Official Website – u.a.: „The Bell Tolls for the „New Majority““; 14.06.2013. In dieser Kolumne kritisiert B. u. a. den zerstrittenen Zustand der Republikanischen Partei hinsichtlich der Frage „wie mit den 12 Millionen illegalen Ausländern verfahren werden soll – sie in ihre Heimat zurückschicken oder ihnen Amnestie und einen „Weg in die Staatsangehörigkeit“ gewähren“ (eigene Übersetzung).
- 8 in Pat Buchanan. Official Website: „A Fire Bell in the Night for Norway“; 26.07.2011-eigene Übersetzung. In diesem Zusammenhang auch sehr lesenswert Martin Fochlers Beitrag „De laude novae militiae“ – Zu Hintergründen des Anschlags von A. Breivik...“ in Politische Berichte/Juli 2011.
- 9 siehe Anm. 11; Sammelband, S. 11.
- 10 David Bacon: „Let's Stop Making Migration a Crime“; in: Truth-Out.org, 15.2.2013; derselbe: „Voluntary Movements All Over the World. Migrants Demand the Right to Stay Home“; in: „In These Times – With Liberty and Justice for All...“, 30.10.2013.
- 11 Beitrag im Sammelband „Integration und Identität in Einwanderungsgesellschaften – Herausforderungen und transatlantische Antworten“; Baden-Baden 2008, S. 13 ff. Dieser Beitrag geht offenkundig zurück auf eine frühere Fassung: „Immigrant Identity in a Cosmopolitan World“; Stanford University o. Jahresangabe. Siehe außerdem: Diego A. von Vacano, „The Color of Citizenship. Race, Modernity and Latin American/Hispanic Thought“; Oxford Press USA, 2012.

Einladung: Sprockhöveler Treffen 2014 – 26./27. April

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

BEGINN: am 26.4. um 13 Uhr **Ende:** am 27.4. um ca. 13 Uhr

ORT: IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, Otto-Brenner-Str. 100; 45549 Sprockhövel

Tagesordnung:

1) Aspekte der Tariffbewegung Metall- und Elektroindustrie 2013 und Perspektiven

Diskussionspunkte: • Positionspapier des Funktionsbereiches Tarifpolitik zu Struktur- und Festgeldforderungen • Die Beschäftigtenbefragung und mögliche tarifpolitische Konsequenzen • Aktueller Fokus auf die tarifpolitische Debatte am Beispiel NRW.

2) Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

Aktuelle Informationen zu den Auseinandersetzungen mit den kommunalen Arbeitgebern und auf Bundesebene.

3) Stellungskrieg und Fabrikarbeit – der Erste Weltkrieg unter arbeitspolitischer Betrachtung

Der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe der Moderne“, jährt sich zum hundertsten Mal. Die Feuilletons diskutieren dazu im Wesentlichen die Frage der Ursachen („deutsche Kriegsschuld“ versus „europäische Komplexität“) und die Verstrickungen europäischer Kulturschaffender in die ideologische Mobilmachung. Gar nicht im Blick ist die Strukturierung der Arbeit für und im Gefolge des Krieges. Die Vorläufer der „Arbeitswissenschaft“ widmen sich der soldatischen Resilienz (der „Bewältigungsfähigkeit“) psychischer Ausnahmesituationen im Felde und so dann in der Fabrik.

Es sollen einige Fragestellungen entworfen werden zum Zusammenhang Erster Weltkrieg, Arbeit, Arbeitsorganisation und angewandter einschlägiger Wissenschaft.

4) Industrie 4.0

Hinter diesem Schlagwort – entstanden im Dialog zwischen Politik, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften über neue Herausforderungen für die Industrie in diesem Land – verbergen sich unterschiedlichste Visionen, aber mittlerweile auch handfeste Ansätze. In der Industrie geht es nach der Steuerung durch Computer und Software nunmehr u. a. um die Vernetzung von Maschinen und Werkstücken. Das „Internet der Dinge“ revolutioniert auch das Anforderungsprofil gegenüber den Beschäftigten.

Übernachtung: Im Bildungszentrum Sprockhövel sind ausreichend Zimmer reserviert. Die Übernachtungskosten betragen 58,86 Euro pro Person.

Anmeldungen: Anmeldungen erfolgen bitte unbedingt an Rolf Gehring. rgehring@efbh.be

Kontakt: E-mail: rgehring@efbh.be; Tel.: +32(2)227.10.43.

ten. Die Nachfrage nach Monteuren, die Teile nur zusammenschrauben, entfällt weitgehend. Selbst der Bediener einer Maschine muss zunehmend den gesamten Produktionsprozess mitdenken und mitgestalten. Verschiedene Studien liegen vor und in der Metall- und Elektroindustrie beginnt eine Diskussion über neue Produkte, neue Produktionsmethoden, andere Logistikketten usw. Wir wollen versuchen, die breite Palette der Themen um Industrie 4.0 transparenter zu machen, um die Folgen für die Beschäftigten und für die IG Metall abschätzen und diskutieren zu können.

5) Europäische Arbeitslosenversicherung und Aspekte der Transferunion

Der Wunsch nach Vereinheitlichung (soziales Europa) und eine gewisse Nationalstaatsorthodoxie (undemokratisches Europa; Entmachtung der nationalen Parlamente; Aushebelung der Tarifautonomie) liegen oft dicht beieinander, auch bei der Linken. Vorschläge für eine echte umfassende Transferunion (gleiche Standards überall) dürfte enorme Sprengkraft besitzen und den nationalistischen und protektionistischen Strömungen echten Auftrieb verschaffen. Was bieten die Strömungen für ein soziales Europa zu den Europawahlen an (Beispiel: europäische Arbeitslosenversicherung); was sind heute schon Elemente der Transferunion?

6) Europa: Economic Governance und Tarifautonomie

Die Krisen der letzten Jahre (Finanzkrise, Eurokrise) haben Strukturprobleme der betroffenen Staaten aufgedeckt (fehlende Elemente eines modernen Steuerstaates oder krasse Innovationsschwächen). Die verordneten Kurren fokussieren allerdings einseitig auf das Abbremsen der Neuverschuldung der Staaten und bewirken im Gefolge das Einreißen sozialer Standards auf der Seite der Lohnarbeit. Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung fehlen (allerdings auch bei der Linken). Kritiker sehen durch die tiefen Eingriffe der Troika auch eine gewollte Aushebelung/Beseitigung der Tarifautonomie. Ein Beitrag von Thorsten Schulten (WSI) und Torsten Müller (ETUI = Europäisches Gewerkschaftsinstitut) soll vorgestellt werden.

Inhalt

Aktuell

Blockbildung in Europa – der falsche Weg • KPÖ, Piratenpartei, der Wandel und Unabhängige treten mit gemeinsamer Wahlliste bei der Europawahl an • TTIF in den Kommunen • Mehr Prävention statt Verschärfung des Strafrechts

Parteitag der Linken in Hamburg: Um Europa kämpfen, nicht dagegen

Präambel-Diskussion: „So kritisch wie nötig, mit so vielen sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Reformideen wie möglich.“

Griechenland: Gefährliche politische Gemengelage

Auslandsnachrichten

Frankreich: Streik bei Amazon • Großbritannien: Streik im Krankenhaus für höhere Löhne • Österreich: KBA-Mödling unbefristeter Streik gestartet • DHL vorerst beschwerdefrei • Serbien: Gegen Änderungen am Arbeitsgesetz • Türkei: Angriffe auf Gewerkschaften verurteilt • Korea: Internationaler Protest gegen Verhaftungen • USA: Kellogg's sperrt Arbeiter in Memphis aus • Südafrika: Sieben Verletzte durch Polizeiatacken

Aktionen ... Initiativen

EU-Kommission scheitert mit schärferer Saatgutverordnung • Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie • Warum verlassen Menschen ihre Heimatländer? • Armut auf Rekordhoch • „Red Hand Day“ am 12. Februar • Atomüll: 26 Castoren nur Spitze des Eisbergs

Wie steht es um das Sozialticket in Mannheim?

Initiative „Messeumbau nicht um jeden Preis“ gewinnt knapp in Essen

Die Linke Bochum: Ausgrenzung statt Pluralismus

„Kandidatur auf Grundlage des Kommunalwahlprogramms nicht möglich“

Köln: Kandidat/-innen für den Stadtrat gewählt

Kommunalwahlvorbereitung in Freiburg

Kommunalwahlen Bayern (16.3.): Eintragungsfrist abgeschlossen

Kommunale Politik

Der Senat muss den Volksentscheid vollständig umsetzen! Hamburg. • Linke setzt Armutsbericht durch: Köln. • Sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose. Paritätischer Wohlfahrtsverband stellt sich hinter kommunale Spitzenverbände und BA: Berlin

IG Metall: Initiative zu Berufskrankheiten

Wirtschaftspresse

FDP pur – was ist drin nach dem Europaparteitag in Bonn?

USA, EU, zukünftige Transatlantische Freihandelszone

Welche Übereinstimmungen in der Migrationspolitik sind feststellbar? Wie entwickelt sich die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung damit?

Einladung: Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 29./30. März 2014 in Mannheim

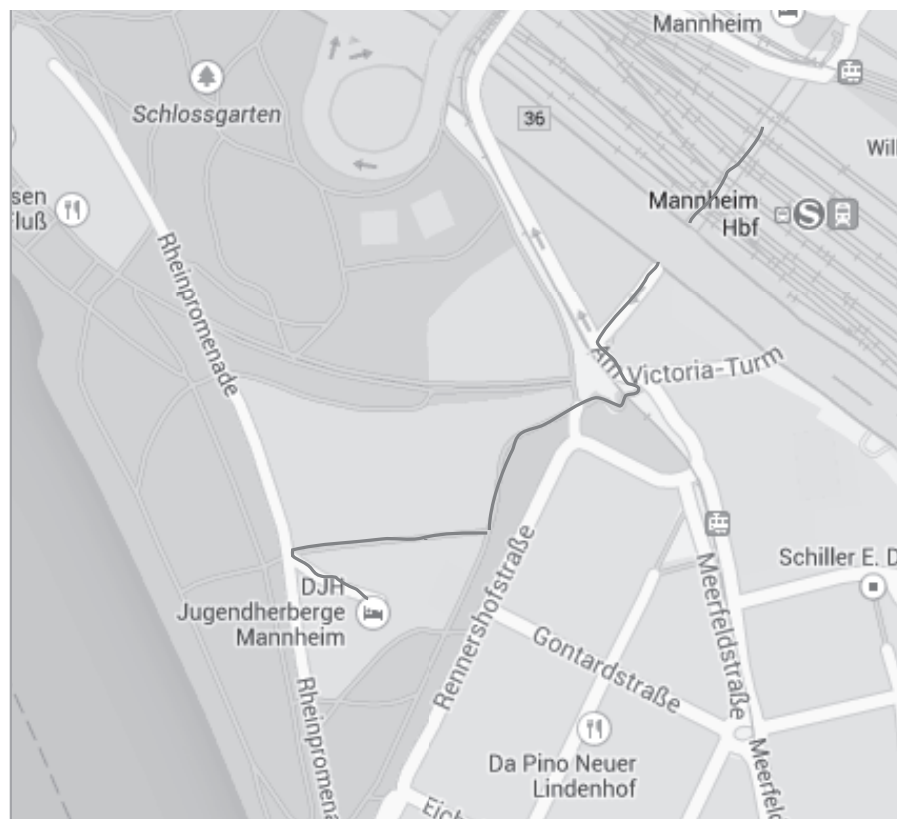
Samstag, 29. März

13 Uhr Einlass, Registrierung
13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorisches
13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Wahlen zum Vorstand, Haushaltsbericht 2013 und Haushaltsbeschluss 2014
bis 15 Uhr: Kaffeepause
15 bis 18 Uhr: öffentliche Veranstaltung zum Thema: **Ziele und Bedingungen für eine europäische Sozialunion – aktuelle Aufgaben und Ansatzpunkte im Kampf um soziale Mindeststandards in der EU.** Als Referenten/innen angefragt: Kandidat/in der Linken für das Europaparlament

Sonntag, 30. März

9 bis 12 Uhr: in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung zum Thema: **Außenbeziehungen der EU – Wirtschaftliche Verflechtung, EU-Grenzregime, EU-Außenpolitik im östlichen Europa. Was kann linke Politik auf diesem Feld leisten?** Referent/innen angefragt beim Bundesvorstand der KPÖ. (In Österreich hat sich zur Europawahl ein Wahlbündnis von KPÖ, Piraten und „Der Wandel“, gebildet, das unter dem Namen „Europa anders“ bei den EU-Wahlen antreten wird.)

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden in der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß, siehe Skizze). Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann das noch nachholen bei: alfred.kuestler@gnn-verlage.com



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 20. März 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 14. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

17. April, 14. Mai, 12. Juni, 10. Juli, 31. Juli, 11. Sept., 9. Okt., 6. Nov., 4. Dez.